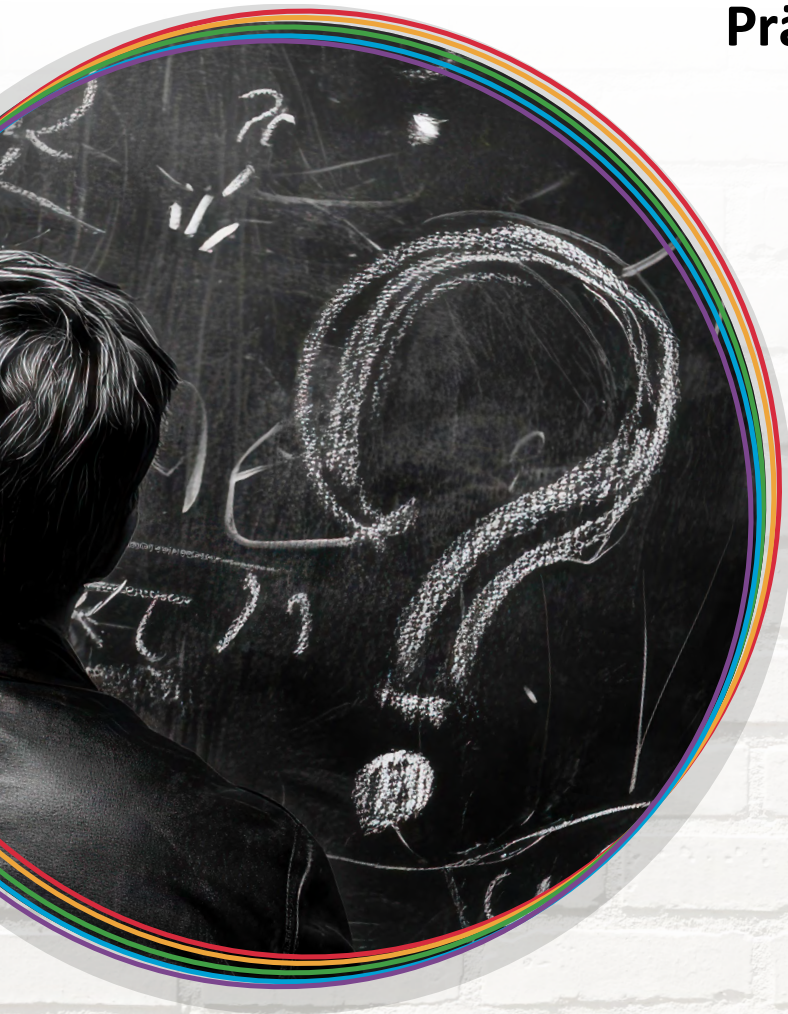


Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen und ihr Einsatz in der (außer-)schulischen Präventions- und politischen Bildungsarbeit

Wissenschaftsbasierte Informationen und praxis-
orientierte Anregungen für pädagogische Fachkräfte
in der Kinder- und Jugendarbeit



Impressum

Gesamtkonzeption und Autorinnen

Dr. Antje Gansewig & Dr. Maria Walsh

Exkurse und Gliederungspunkt 5

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Bildmaterial

Titelseite: Сергей Безрученко - adobe.com (generiert mit KI)

Bild Präsidentin: Jana Kay

Herausgeber

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, Verantwortliche Person: Petra Fliedner

Rheinallee 97 – 101

55118 Mainz

Stand: Februar 2026

Zitiervorschlag

Gansewig, Antje & Walsh, Maria (2026). Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen und ihr Einsatz in der (außer-)schulischen Präventions- und politischen Bildungsarbeit. Wissenschaftsbasierte Informationen und praxisorientierte Anregungen für pädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung/ Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz (Hrsg.). Mainz.

Lizenz

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Broschüre darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung reproduziert, vervielfältigt oder verarbeitet werden.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Warum diese Broschüre?	7
1. Zur Orientierung: Was wissen Schüler:innen über Rechtsextremismus?	16
2. Ausgangslage: Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen als Lernarrangement	20
Exkurs: Aussteiger:innen in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit – Erfahrungsbericht der Aussteigerberatung (R)AUSwege in Rheinland-Pfalz: Thesen aus der Praxis	27
3. Wie schätzen Schüler:innen die Begegnungen mit Aussteiger:innen ein?	30
4. Worin liegen die Herausforderungen und Fallstricke im pädagogischen Handlungsfeld?	32
5. Gut zu wissen: Welche Alternativangebote hat das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz im Portfolio?	46
Exkurs: Aktuelle Herausforderungen für die Ausstiegsarbeit aus dem politischen Extremismus	56
Schlusswort	60
Literatur	64

Vorwort

Liebe pädagogische Fachkräfte,
Liebe Interessierte,

dass Aussteiger:innen aus dem rechtsextremen Milieu über ihre Erfahrungen berichten, ist eine gängige Präventionspraxis in Deutschland. Bei den unterschiedlichen Veranstaltungen erläutern Aussteiger:innen den Zuhörenden detailliert von ihrem beispielsweise gewaltvollen, kriminellen, menschenverachtenden und diskriminierenden Handeln während ihrer Zeit in der rechtsextremen Szene. Unreflektiert können dabei szenetypische Sprache reproduziert und Gewalttaten verharmlost werden.

Häufig wirken diese Veranstaltungen eher wie eine kommerzielle Show eines Aussteigers, der damit Geld verdient. Es fehlt dann ein gefestigter didaktisch-pädagogischer Rahmen für diese Veranstaltungen, der insbesondere im Schulkontext bedeutsam ist. Seit 2001 werden junge Menschen im Ausstieg aus rechtsextremen Szenen durch das Beratungsangebot Rauswege im Landesjugendamt unterstützt. Das Aussteigerprogramm ist Teil der Projekte zur Prävention von Extremismus im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und dort im Demokratiezentrum angesiedelt.

Auch das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz erreichen immer wieder Anfragen von pädagogischen Fachkräften aus Schulen und der politischen Bildungsarbeit, die Ausgestiegene aus der rechten Szene für Gespräche als Maßnahme zur politischen Bildung und Präventionsarbeit suchen.



Durch ein Gespräch mit Aussteiger:innen sollen, so die Vorstellung der Anfragenden, tiefere Einblicke in und Aufklärung über die extrem rechte Szene, sowie vor allem authentische Berichte mit einem Abschreckungseffekt für rechtsaffine junge Menschen ermöglicht werden.

Bereits seit über 20 Jahren finden Veranstaltungen mit ehemaligen Rechtsextremist:innen statt. Lange Zeit wurde nur punktuell wissenschaftlich untersucht, wie wirksam die Maßnahme ist und welche Effekte diese Form der Prävention für Schüler:innen hat. Dr. Antje Gansewig (Soziologie, Literaturwissenschaft, Politische Bildung/Politikdidaktik) und Dr. Maria Walsh (Pädagogik, Kriminologie, Psychologie) beschäftigen sich seit 2016 aus wissenschaftlicher Perspektive mit dem Thema „Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen in der schulischen Präventions- und politischen Bildungsarbeit“. Der Fokus ihrer Untersuchungen lag auf Schüler:innen und wie diese die Präventionsmaßnahme mit Aussteiger:innen aus dem rechtsextremen Milieu wahrgenommen und erlebt haben. Sie konnten durch zahlreiche Gespräche mit pädagogischen Fachkräften und Schüler:innen die unterschiedlichen Erfahrungen, Fragen und auch Sorgen in Bezug auf Veranstaltungen, in denen Aussteiger:innen von ihrer Vergangenheit berichten, herausarbeiten und den Bedarf nach mehr wissenschaftsbasierten Untersuchungen zu diesem Thema feststellen.

Mit dieser Broschüre möchten wir eine breite Öffentlichkeit und vor allem pädagogische Fachkräfte und Multiplikator:innen in der (außer-)schulischen Prävention- und politischen Bildungsarbeit erreichen. Wir möchten dafür sensibilisieren, wie Gespräche mit Aussteiger:innen aus der sozialpädagogischen Praxis zu betrachten sind und welche Praxisempfehlungen daraus folgen.

Dem Einsatz für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit hat sich auch das Demokratiezentrum

Rheinland-Pfalz verschrieben. Es vernetzt im Auftrag des Förderprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Landes Rheinland-Pfalz Engagierte und Aktive, die sich gegen jede Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft in Rheinland-Pfalz einsetzen. Hierfür bietet das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz Raum für Interaktionen und Austausch über Demokratieförderung sowie Expertise in Extremismusprävention und -intervention. Das Demokratiezentrum folgt dem Dreiklang des Bundesprogramms: Demokratie fördern – Vielfalt gestalten – Extremismus vorbeugen. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen der Broschüre und hoffen, dass Sie praxisnahe Anregungen finden, die Ihren pädagogischen Alltag bereichern.

Heike Gorißen-Syrbe

Präsidentin des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung

Warum diese Broschüre?

Demokratiefeindliche, rechtsextreme, rassistische, antisemitische oder andere menschenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen sind seit Jahrzehnten virulente gesamtgesellschaftliche Themen. Globale sowie innerpolitische und -gesellschaftliche Kontroversen, Krisen und Kriege sorgen gegenwärtig für ein Erstarken dieser Themen in Deutschland. Die Institution Schule bleibt hiervon nicht unberührt. Menschenverachtende Äußerungen gehören für viele Kinder und Jugendliche zum Schulalltag. Andeutungen, Zuschreibungen, Beleidigungen bis hin zu Übergriffen, Hakenkreuz-Schmierereien, dem Abspielen rechter Songs, rechtsextrem eingestellten Erziehungsberechtigten: Auch das Schulpersonal ist mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Besonders fordernd können provozierende, menschenverachtende oder diskriminierende Äußerungen von Kindern und Jugendlichen im Unterricht sein.

Demokratiebildung ist zentraler Bestandteil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Gemäß § 1 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes und des Beutelsbacher Konsens (siehe S. 32) hat Schule die Aufgabe, demokratische Werte und kritisches Denken zu fördern. Das bedeutet: Lehrkräfte sollen sich nicht neutral verhalten – sondern auf Basis des Grundgesetzes eine klare Haltung zum Beispiel gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Gewaltverherrlichung und menschenverachtende Aussagen zeigen. Ob in sozialen Medien, bei Demonstrationen oder im Lehrer:innen- und Klassenzimmer – zahlreiche Lehrkräfte positionieren sich gegen Rechtsextremismus und setzen sich für eine starke Demokratie ein.

Hinwendung zu rechtsextrem orientierten Gruppen bei Jugendlichen

Ursachen

- Entwicklungsbedingte Identitätsstörung
- Strukturell und emotional gestörte Familienkonstellationen
- Fehlende soziale Bindungen und Integration
- Brüche in Bildungs- und Berufsverläufen
- Versagens- und Zukunftsängste
- Anerkennungsdefizite
- Enttäuschungs- und Demütigungserfahrungen
- Negative Erfahrungen mit Fremd-/Feindgruppen
- Etc.

Motive

- Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Anerkennung
- Action und Abenteuer
- Protest und Provokation
- Gewaltausübung
- Politisch-ideologische Orientierung
- Etc.

(Gansewig et al. 2015, S. 59)

Anzeichen für die Hinwendung zu extrem rechten Bezügen

- Änderung des Kleidungsstils, Tragen von Kleidung einschlägiger Marken, Codes und Zeichen
- Hören szenetypischer Musik
- Lesen einschlägiger Literatur, Konsum einschlägiger Medien
- Besuch rechtsorientierter Internetseiten, Chats, sozialen Netzwerken etc.
- Teilnahme an einschlägigen Aktionen und Freizeitangeboten (Demonstrationen, Konzerte, Feriencamps, Kneipen)
- Verteilen von Propagandamaterial (Aufkleber, Flugblätter, Zeitungen)
- Distanzierung von dem alten und Hinwendung zu einem neuen Freundeskreis
- Abwendung und Diskriminierung von früheren Freund:innen mit Migrationshintergrund, Behinderungen etc.
- Diskriminierende, rassistische und rechtsextreme Äußerungen
- Ausübung von Gewalt an einschlägigen Betroffenenengruppen
- Etc.

(Gansewig et al. 2015, S. 45)

Dennoch empfinden viele Lehrkräfte den Umgang mit solchen Vorkommnissen im Unterricht und an der Schule als fordernd und es herrscht Unsicherheit, wie mit Vorfällen umzugehen ist. Entsprechend breit sind die Reaktionen: Sie reichen von einer Nicht-Thematisierung, Verharmlosung oder Leugnung über direkte schulinterne Auseinandersetzung mit der Thematik, bis hin zum Einbezug Externer. Engagierte Fachkräfte setzen dabei auch gerne auf den Besuch von ehemaligen Rechtsextremen als Gegenmittel. Aber nicht nur im Bereich der Intervention lassen sich solche Begegnungen im schulischen Bereich finden, auch als so genannte Primärpräventivmaßnahmen, also als Maßnahmen, die sich unabhängig von konkreten Vorfällen an alle Schüler:innen der Klasse oder Schule richten.

Zweifellos ist Rechtsextremismus ein wesentlicher Lerngegenstand im wichtigen Lern- und Lebensort Schule. Aber wie kann dieses komplexe Thema adressat:innengerecht vermittelt werden? Ist es etwa denkbar, dass die Rechtsterroristin Beate Zschäpe im direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen über ihre Vergangenheit erzählt? Für viele von uns ist das sicherlich undenkbar und verbietet sich in Anbetracht der Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).¹ Dennoch finden ähnliche Begegnungen seit über 20 Jahren in der (außer-)schulischen Präventions- und Bildungsarbeit statt. Waren es (bisher) keine verurteilten Rechtsterrorist:innen, so waren und sind es jedoch verurteilte Mörder:innen und zu anderen (Gewalt-)Straftaten verurteilte rechtsextreme Personen.

In (fach-)öffentlichen Diskursen kommen kritische Betrachtungen über das Engagement von Aussteiger:innen an Bildungseinrichtungen deutlich zu kurz. Auch die mediale Berichterstattung bespricht

¹ Offenbar erwägt die verurteilte Rechtsterroristin Beate Zschäpe, die sich derweil selbst als Aussteigerin bezeichnet und von einem Ausstiegsprogramm begleitet wird, sich zukünftig präventiv in der Jugendarbeit zu betätigen: ab Min. 00:27:00 <https://www.youtube.com/watch?v=jywnpYn4908> (aufgerufen: 15.08.2025).

diese Veranstaltungen überwiegend positiv in wirkmächtigen und eindimensionalen Narrativen. Unterschlagen werden dabei kritische Aspekte; nur selten gibt es Impulse, die die Debatte verschieben und reflexiver machen wollen. Dabei wissen wir: Die Bedeutung von Werturteilen nimmt vor allem dann zu, wenn der Kenntnisstand unvollständig oder durch zahlreiche Unsicherheiten geprägt ist. Daher ist eine ideologiefreie und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Einordnung der Thematik unerlässlich. Dies möchten wir mit der vorliegenden Broschüre leisten.

Auf welcher Grundlage tun wir dies? Wir setzen uns seit 2016 mit dem Thema intensiv aus wissenschaftlicher Perspektive auseinander.² Hierfür wählten wir zahlreiche verschiedene Zugänge und legten das Hauptaugenmerk auf die Schüler:innen als Zielgruppe dieser Maßnahmen. Neben einer Evaluationsstudie der Schulmaßnahme eines ehemaligen Rechtsextremen und kriminellen Rockers führten wir eine Analyse von dessen YouTube-Kanal durch, der laut Selbstbezeichnung als „online Präventions-, Deradikalisierungs- und Antigewaltarbeit“ fungieren soll und von ihm während seiner Schulmaßnahmen beworben wird. Darüber hinaus interviewten wir bspw. Vertreter:innen von Aus-

2 z. B. Walsh & Gansewig 2019; Gansewig & Walsh 2020, 2021a, b, 2021/22, 2022; Gansewig 2023. Zum Überblick der Ergebnisse: z.B. Walsh & Gansewig 2022, 2023, 2024; Gansewig & Walsh 2024a, b.

Was verstehen wir unter Aussteiger:innen bzw. ehemaligen Rechtsextremen

Personen, die von sich selbst sagen, dass sie aus (rechts-)extremen Bezügen ausgestiegen sind bzw. sich von ihnen und der Ideologie distanziert haben. Oftmals wird der Ausstiegsprozess professionell von Ausstiegsberatungsstellen begleitet. Es gibt aber auch Personen, die angeben, sich ohne Unterstützung distanziert zu haben.

stiegshilfen, die solche Maßnahmen anbieten und befragten schriftlich die Landespräventionsgremien, Landesdemokratiezentren und Bildungsressorts der Länder. Zudem analysierten wir Zeitungsartikel und anderweitige Meldungen, die zwischen 2001 und 2019 zu entsprechenden Maßnahmen erschienen waren, und setzten uns in Sekundäranalysen mit wissenschaftlichen Studien zum Thema sowie Veröffentlichungen aus der Praxis auseinander.

Mit dieser Broschüre reagieren wir gemeinsam mit dem Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz auf das anhaltend hohe Interesse an Aussteiger:innen, die über ihre Erfahrungen in rechtsextremen Bezügen vor Kinder und Jugendlichen berichten (sollen). Wir möchten mit der Bereitstellung von prägnanten Informationen zu einem besseren Verständnis beitragen und zu einem reflexiven Umgang anregen. Zudem haben zahlreiche und vielfältige Gespräche der letzten Jahre etwa mit Lehrkräften, Sozialarbeiter:innen und Schulleitungen zur Neuauflage der Informationsbroschüre beigetragen:³ Die geäußerten diversen Anliegen, Fragen, Erfahrungen und Emotionen, Hinweise und Sorgen zeigen uns deutlich auf, dass großer Bedarf an wissenschaftsbasierten und nichtkommerziellen bzw. unabhängigen Informationen besteht.

Dies kann nicht überraschen. Denn trotz der langjährigen Praxis bestand zum Thema lange eine Lücke an datenbasierten Erkenntnissen. Bis Mitte der 2010er-Jahre fand eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Einsatz von ehemaligen Rechtsextremen in Schulen nur randständig statt. Umfassende Befragungen von Schüler:innen und fundierte Untersuchungen zu den Wirkungen solcher Maßnahmen wurden nicht durchgeführt. Dabei existiert eine besorgniserregende Kenntnislage aus der

3 Gansewig & Walsh: 2019a, b.

Sucht- und Gewaltprävention zu biografiebasierten Angeboten. Zahlreiche Studien⁴ weisen belastbar seit Jahrzehnten darauf hin, dass diese vermeintlichen Präventionsmaßnahmen entweder keine Effekte haben oder sogar kontrainduziert wirken (Gansewig & Walsh 2020). Die vorliegenden Erkenntnisse zu Maßnahmen von Aussteiger:innen an Schulen reihen sich hier ein: Von den wenigen durchgeführten Wirkungsuntersuchungen weist keine Studie belastbar positive Effekte auf Schüler:innen nach. Ferner halten die zahlreichen theoretischen Wirkannahmen und Zuschreibungen, die mit Maßnahmen von Aussteiger:innen verbunden werden (etwa Abschreckung, glaubwürdige Aufklärung, Erzeugung von Betroffenheit) einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Teils widersprechen sie zudem dem internationalen Forschungsstand (Gansewig & Walsh 2022).

Auch die von uns durchgeführte Evaluationsstudie liefert keine Hinweise darauf, dass die angestrebten Ziele (u. a. Reduzierung von rechten Einstellungen, Delinquenz und Gewalt) mit der untersuchten Maßnahme des Aussteigers erreicht werden. Die Ergebnisse zeigen außerdem eine heterogene Sichtweise der Schüler:innen in Bezug auf die Maßnahme auf. Neben den mehrheitlichen Positivbewertungen

4 Siehe u.a. Künzel-Böhmer, J., Bühringer, G., & Janik-Konecny, T. (1993). Expertise zur Primärprävention des Substanzmißbrauchs. Baden-Baden: Nomos.

Petrosino, A., Turpin-Petrosino, C., Hollis-Peel, M.E., & Lavenberg, J.G. (2013). Scared Straight and Other Programs for Preventing Juvenile Delinquency: A Systematic Review. *Campbell Systematic Reviews*, 5.

Tobler, N.S., Roona, M.R., Ochshorn, P., Marshall, D.G., Streke, A.V., & Stackpole, K.M. (2000). School-based adolescent drug prevention programs: 1998 meta-analysis. *The Journal of Primary Prevention*, 20(4), 275–336. <https://doi.org/10.1023/A:1021314704811>.

United Nations Office on Drugs and Crime, & World Health Organisation (Hrsg.) (2018). *International Standards on Drug Use Prevention*. https://www.unodc.org/documents/prevention/standards_180412.pdf (aufgerufen: 25.12.2025).

Welsh, B.C., & Rocque, M. (2014). When crime prevention harms: A review of systematic reviews. *Journal of Experimental Criminology*, 10(3), 245–266. <https://doi.org/10.1007/s11292-014-9199-2>.

gen, die sich vorrangig auf die Person des Aussteigers bezogen – statt auf die Maßnahmeninhalte – nannten die Schüler:innen auch zahlreiche kritische Aspekte. So fühlten sich etwa Einige aufgrund des Aussteigers und/oder der detaillierten Gewaltdarstellungen unwohl und hatten Angst. Auch andere starke emotionale Reaktionen, wie Weinen, von Schüler:innen sind nicht ungewöhnlich im Rahmen solcher Begegnungen.

Praxistipps

Handlungshinweise für pädagogische Fachkräfte bei der Hinwendung von Jugendlichen zu extrem rechten Bezügen:

- Nicht vorurteilsbehaftet, moralisierend und bewertend, sondern wertschätzend und anerkennend begegnen
- Ehrliches Interesse an der Person vermitteln, neutrale Grundhaltung
- Vertrauensverhältnis aufbauen und Gespräche auf Augenhöhe führen
- Nach den Beweggründen fragen, darüber diskutieren, zum Nachdenken und Zweifeln anregen
- Strategien, Gefahren und Konsequenzen von Rechtsextremismus aufzeigen
- Unterstützung und Hilfe zur Distanzierung anbieten
- Professionelle Hilfe und Beratungsangebote in Anspruch nehmen
- Ggf. Freund:innen und Familie miteinbeziehen
- Aufzeigen von alternativen Quellen der Anerkennung und des Selbstwerterlebens
- Etc.

(Gansewig et al. 2015, S. 46)

Die Diskrepanz zwischen den vorrangigen Positivangaben von Anbietenden und medialer Darstellung auf der einen Seite und wissenschaftlichen Erkenntnissen auf der anderen Seite kann bei Schulpersonal und Erziehungsberechtigten zu Verunsicherung führen. Das Herzstück dieser Broschüre greift den bestehenden Informationsbedarf auf und liefert eine Übersicht der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer seit 2016 fortwährenden Auseinandersetzung mit der Thematik Aussteiger:innen in der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit. Wir stützen uns dabei sowohl auf die von uns durchgeführten Untersuchungen als auch auf den (inter-)nationalen Forschungsstand und die Beobachtung des Praxisdiskurses. Die Broschüre liefert differenzierte Fachempfehlungen, die aus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung abgeleitet sind. Somit bietet sie die Möglichkeit, sich über den aktuellen Stand der Forschung zu informieren, und Einblicke in die Praxis der Extremismusprävention und politischen Bildung zu erhalten. Sie beleuchtet verschiedene Aspekte des facettenreichen Themas und hat den Anspruch zu sensibilisieren. Sie liefert Tipps und Denkanstöße – beispielsweise zur Frage, wie sinnvoll es wirklich ist, ehemalige Rechtsextreme in den Unterricht zu integrieren. Wohlwissend, dass das Hinterfragen von Gewohntem erst einmal Skepsis hervorrufen kann.

In dieser Broschüre erfahren Sie darüber hinaus, was Schüler:innen gemeinhin über Rechtsextremismus wissen. Außerdem lesen Sie, wie Schüler:innen die Begegnungen mit Aussteiger:innen einschätzen. Die Broschüre bietet somit eine Hilfestellung für den Umgang mit entsprechenden Angeboten und liefert dabei konkrete Anregungen für die Praxis, die Handlungssicherheit vermitteln können. Somit soll sie – bei bereits vorhandenen Annahmen – zu einer wissenschaftsbasierten Reflexion beitragen bzw. diese stärken. Hierbei ist zu beachten, dass zahlreiche Erkenntnisse auch auf Aussteiger:innen aus

anderen Bezügen (Linksextremismus, Islamismus, etc.) transferiert werden können.

Erreichen möchten wir pädagogische Fachkräfte, Praktiker:innen der Präventionsarbeit sowie Multiplikator:innen der (außer-)schulischen politischen Bildung und alle Personen, die in Beruf oder Ehrenamt ihre Erkenntnisse weitergeben können – unabhängig davon, ob Sie neu in das Thema eintauchen oder bereits Erfahrungen gemacht haben. Ebenso angesprochen sind Erziehungsberechtigte und natürlich alle Interessierten.

Selbstverständlich liefert die Broschüre ein Kondensat, das notwendigerweise mit einer Komplexitätsreduktion einhergeht. Sie hat den Anspruch, die wesentlichen Informationen prägnant zu präsentieren. Es lohnt sich, diesen zusammenfassenden Blick zu wagen. Auf den kommenden Seiten laden wir Sie herzlich dazu ein!

1. Zur Orientierung: Was wissen Schüler:innen über Rechtsextremismus?

Grundsätzlich spielen die Annahmen und das Vorwissen von Schüler:innen eine wichtige Rolle bei der Behandlung sozialer und politischer Themen. Bekanntermaßen ermöglicht nur Vorwissen die Verknüpfung von affektiver und kognitiver Ebene im Lernprozess. Vor diesem Hintergrund spielt das Wissen von Schüler:innen über Rechtsextremismus eine wesentliche Rolle für die Präventions- und politische Bildungsarbeit. Aber: Was wissen Schüler:innen eigentlich über Rechtsextremismus?

Wie unsere Forschungsergebnisse der Evaluationsstudie zeigten, gaben 48 Prozent der befragten 490 Schüler:innen (n = 234) der 9. Klassenstufe in Gemeinschaftsschulen an, vor der Schulmaßnahme mit dem Aussteiger etwas über Rechtsextremismus gewusst zu haben. Von diesen konnten 135 Jugendliche konkretes Wissen benennen. Dieses Wissen verblieb jedoch auf einer abstrakten Ebene und bezog sich mehrheitlich auf den historischen Nationalsozialismus und Gewaltaspekte. Rechtsextremismus wurde zudem eher als Problem einzelner Personen anstatt als strukturelles, gesamtgesellschaftliches Phänomen eingeordnet. Kenntnisse zur Aktualität von Rechtsextremismus lagen nur randständig vor. Vergleichbare Resultate liefert die Studie von Fischer (2013). Auch hier zeigte sich, dass die befragten Schüler:innen das Thema Rechtsextremismus auf Personen in schwierigen Lebenssituationen, die zu Gewalt neigen, sowie auf den deutschen historischen Nationalsozialismus reduzieren.

Für die Grundschule verdeutlichte Alberts (2023) in einer qualitativen Studie zum Sachunterricht, dass das Wissen von Viertklässler:innen zu Nationalsozialismus von breiten Vorstellungen bis hin zu gerin-

Der Erfolg von Angeboten der politischen Bildung und Prävention wird maßgeblich durch die Zielgruppenpassung beeinflusst. Jede Zielgruppe hat ihre eigenen Bedürfnisse, spezifischen Erfahrungshintergründe und Erwartungen sowie individuellen Ansprüche, die es in der Bewerbung und Durchführung einer Veranstaltung zu beachten gilt. Hierbei sollten auch der Wissensstand der Gruppe und der Anlass für die Durchführung der Maßnahme berücksichtigt werden. Hierbei ist die Heterogenität junger Menschen und deren Einstellungen zu beachten. Ein wesentliches Qualitätskriterium von gelungener politischer Bildung und Prävention ist es, an den Lebenswelten der Zielgruppe – im vorliegenden Fall der Kinder und Jugendlichen – anzusetzen.

gem Wissen – teils jedoch auch zu „gefährlichen Fehlkonzepten“ – reicht (S. 91). Es fehle den Kindern an Kontext, „um vergangenheitsgetreue Zusammenhänge erschließen zu können“ (S. 92). Auch in der Sekundarstufe sind verzerrte und falsche Vorstellungen zu den nationalsozialistischen Verbrechen unter Schüler:innen verbreitet (Meyer 2021; Papendick et al. 2021). Betrachten wir den Wissensstand zu Antisemitismus, zeigt sich auch hier die historische Verortung. Aktuelle Erscheinungsformen sind nicht Bestandteil des Unterrichts. Vielmehr lernen Schüler:innen überwiegend aus dem Geschichtsunterricht, was die Historisierung von Antisemitismus begünstigt. Auch das Verständnis von Verschwörungstheorien weist auf Risiken hin. So scheint dies oftmals als individuelles und psychologisch-intendiertes Phänomen begriffen zu werden. „[G]esellschaftliche und politische Ursachen“ werden hingegen auch hier „kaum gesehen“ (Kirchhof et al. 2024, S. 80).

Diese Erkenntnislage ist in Anbetracht der Verbreitung von rechtsextremen und antisemitischen Einstellungen und Verschwörungsglauben in der deutschen Bevölkerung – sowohl generell, als auch

unter jungen Menschen – fatal. Die Befunde der repräsentativen Studie „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD) zeigen bspw. einen signifikanten Anstieg traditioneller antisemitischer Vorurteile im Jahr 2024 im Vergleich zur ersten Befragung im Jahr 2022. Auch wenn antisemitische Einstellungen insbesondere unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund verbreitet sind, betrifft der Anstieg alle betrachteten Teilgruppen. Befragt wurden rund 3.100 Personen zwischen 16 und 21 Jahren (Farren et al. 2024). Auch weisen die Studienergebnisse darauf hin, dass junge Menschen häufig politisch rechtsaußen stehende Parteien wählen. Diese Erkenntnisse werden durch die Ergebnisse einer Onlinebefragung von rd. 2.000 Personen zwischen 16 und 27 Jahren unterstützt (Quent et al. 2024). Ferner lässt sich seit einiger Zeit ein Wiedererstarken rechtsaffiner bzw. -extremer gewaltbereiter Jugendcliquen und -kulturen beobachten.

Der Auseinandersetzungsbedarf mit dem Thema Rechtsextremismus unter jungen Menschen ist insofern nicht von der Hand zu weisen. Es stellt sich also die Frage: Wie kann diese Auseinandersetzung nachhaltig gelingen? Eine pauschale Antwort auf diese Frage kann es nicht geben. Es gilt, sich auf dem Markt der Präventions- und politischen Bildungsangebote umzuschauen und das für die konkrete Zielstellung und -gruppe sowie das spezifische Setting passende Angebot zu wählen. Abstand sollten Sie jedenfalls von denjenigen Angeboten nehmen, die einfache und schnelle Lösungen versprechen. Natürlich gilt: Rechtsextremismus und Gewalt sind keine Themen, die schlaglichtartig etwa in einem Schuljahr behandelt werden sollten. Für eine tatsächliche und nachhaltige Vorbeugung müssen sie regelmäßiger und gegenwärtiger Bestandteil des Schulalltags sein – im Idealfall eingebettet in ein geprüftes Präventionskonzept.

Was können Schulen und Jugendeinrichtungen tun?

Präventionsmaßnahmen

- Einführung einer Anti-Diskriminierungsklausel in die Hausordnung
- Anpassung der Hausordnung (Verbot von rechtsextremen Symbolen, Kleidung, Musik und das Verteilen von Propagandamaterial)
- Offene, gewaltfreie, tolerante und demokratische Schulkultur
- Beteiligungs- und Partizipationsstruktur für die Heranwachsenden
- Vermittlung von sozialen und interkulturellen Kompetenzen
- Erziehung zu demokratischem und zivilcouragiertem Verhalten
- Öffentliche und eindeutige Positionierung gegen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus
- Fortbildungen und Schulungen für das Schulpersonal
- Etc.

Interventionsmaßnahmen bei diskriminierenden, rassistischen und rechtsextremen Vorfällen

- Zivilcouragiertes Handeln
- Unmittelbare und eindeutige Gegenreaktion (nach innen und nach außen)
- Offener Umgang innerhalb der Einrichtung statt einem Klima der Bagatellisierung und des Verschweigens
- Solidarisierung mit den Betroffenen
- Unterstützung und Hilfe bei externen Beratungsstellen einholen
- Gebrauch des Hausrechts
- Ggf. Anzeige
- Netzwerkbildung mit anderen Schulen, Polizei, Kommune etc.
- Etablierung einer langfristigen und dauerhaften Gegenpositionierung
- Etc.

Generell ist sowohl eine fortwährende Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit sowie politische Bildungsarbeit als auch ein kontinuierliches und nachhaltiges Engagement im Rahmen von Aktionen, Projekten, Veranstaltungen etc. zu empfehlen.

(Gansewig et al. 2015, S. 38)

2. Ausgangslage: Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen als Lernarrangement

Ehemalige Rechtsextreme führen seit den frühen 2000er-Jahren Veranstaltungen an Schulen in Deutschland durch. Diese Schulmaßnahmen werden in der (Fach-)Öffentlichkeit überwiegend positiv besprochen: Aussteiger:innen seien besonders glaubwürdig, ihre Erzählungen sehr authentisch. Manche gehen so weit zu behaupten, Aussteiger:innen hätten einen besseren Zugang zu Jugendlichen als Lehrkräfte oder Referent:innen der politischen Bildung.

Dabei sind nur wenige Informationen über die verschiedenen Angebote und deren Hauptmerkmale öffentlich zugänglich. Über Inhalte, methodische Gestaltung, Format, Kosten und Dauer schweigen sich die Anbietenden oftmals aus. Durch die in unseren Analysen generierten Erkenntnisse, werden wir im Folgenden einige offene Punkte adressieren.

2.1 Mit wem werden Kinder und Jugendliche konfrontiert?

Die Veranstaltungen werden weit überwiegend durch männliche ehemalige Rechtsextreme durchgeführt. Wie unsere Forschungsergebnisse erbrachten, führten zwischen 2001 und 2019 mindestens 32 ehemalige Extremist:innen entsprechende Schulmaßnahmen in Deutschland durch (drei Frauen, 29 Männer). Diese waren zuvor weit überwiegend in rechtsextreme Bezüge eingebunden (27 Personen). Die übrigen Aussteiger:innen waren zuvor aktiv in islamistisch-extremistischen Bewegungen (zwei Personen), im linksextremistischen Milieu, in einer türkisch-extremistischen Gruppe und in einer kur-

disch-extremistischen Gruppe (je eine Person). Die Aktivitätsdauer der Aussteiger:innen lag zwischen drei und zwölf Jahren und demnach durchschnittlich bei sieben Jahren.

Angegliedert sind die Aussteiger:innen häufig an Ausstiegshilfen, (selbst gegründeten) Vereinen oder sie gehen diesen Tätigkeiten in selbstständiger Form nach. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt – trotz der Diversität der Angebote – auf individuellen biografischen Erzählungen über das Leben in rechtsextremen Bezügen. Diese werden zumeist als Monolog vorgetragen; der interaktive Einbezug der Schüler:innen tritt dagegen zurück. Die Narrationen werden dominiert von Gewaltdarstellungen und die Schulveranstaltungen sind häufig geprägt von Szenevokabular und teils fragwürdigem und diskriminierungsunsensiblen Sprachgebrauch, wie das folgende Zitat exemplarisch verdeutlicht:

*„Ich hab mich jedes Wochenende geprügelt.“ Die Erklärung: „Wenn so viele H***** und K***** hier sind, müssen wir doch unsere Frauen und Kinder schützen“ (zitiert nach Gansewig & Walsh 2020).*

Diese Elemente versetzen die jungen Zuhörer:innen unerbittlich in die Lebensrealität einer rechtsextremen Person. Teils unter Verwendung privaten Foto- oder Videomaterials gibt der:die Aussteiger:in detaillierte Einblicke in die damalige Lebenswelt. In Anbetracht der Darstellungsweise und der teilweise auftretenden Reproduktionen können die Veranstaltungen wie eine „Eventisierung“ des Szenelbens anmuten.

2.2 Welche Ziele werden verfolgt?

Die Schulveranstaltungen werden zumeist sowohl als präventives als auch als politisches Bildungs-

Berücksichtigung der Kinderrechte

Die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) gilt für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Sie beinhaltet unter anderem das Recht auf Nichtdiskriminierung (UN-KRK Art. 2), das Recht auf vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls (UN-KRK Art. 3), das Recht auf Leben und bestmögliche Entwicklung (UN-KRK Art. 6) und das Recht auf Beteiligung und Berücksichtigung der Meinung des Kindes in allen es betreffenden Angelegenheiten (UN-KRK Art. 12).

Auch das Recht auf politische Bildung ist hierbei zu nennen, denn dieses Recht kann sowohl aus dem Recht auf Bildung (UN-KRK Art. 28) als auch aus dem Recht auf Förderung der Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 SGB VIII) abgeleitet werden (BMFSFJ 2021).

Ebenso findet das Recht auf Partizipation (UN-KRK Art. 12) sein Äquivalent in SGB VIII: Gemäß § 11 sind jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und -gestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Partizipation befähigt zur Handlung. Dies wiederum ist ein zentraler Ausdruck von Selbstwirksamkeit und Handlungsmacht.

angebot beworben. Die mit den Maßnahmen verbundenen Ziele in Bezug auf die Schüler:innen sind ausufernd und reichen von Wissenszugewinn, über die Reduzierung von rechten Einstellungen bis hin zu Delinquenz- und Gewaltreduktion.

Im Hinblick auf Zielsetzungen steht jedoch oftmals nicht die eigentliche Zielgruppe der Schüler:innen im Fokus. Vielmehr zielen Anbietende auf positive Effekte für die Aussteiger:innen ab. So wird etwa angeführt, dass die Interventionen den Ausstiegs- und Reflexionsprozess der ehemaligen Extremist:innen unterstützen und eine therapeutische Wirkung hätten. Zur Veranschaulichung soll das folgende Zitat eines Anbietenden dienen:

„Neunzig Prozent der Veranstaltungen sind eine Therapie für [die Aussteiger:innen]. ‚Die Jungs müssen ihre Erfahrungen im rechten Milieu immer wieder neu durchleben.‘ Die Trunksucht, die Arbeitslosigkeit, die Schulden, die Gewalt, die Obdachlosigkeit, die Straftaten. Der soziale Abstieg.“⁵

2.3 Wie verbreitet sind die Angebote in Deutschland?

Die Veranstaltungen sind bundesweit verbreitet. Am häufigsten werden die Angebote in Bayern und Nordrhein-Westfalen in Anspruch genommen. Unsere Forschungsergebnisse erbrachten eine Medienberichterstattung zu 465 Schulmaßnahmen zwischen 2001 und 2019. Die Mehrheit fand an Gymnasien statt und richtete sich an Schüler:innen der Klassenstufen neun und zehn. Für 86 der 465 Maßnahmen lagen Daten über die Anzahl der teilnehmenden Schüler:innen vor; sie richteten sich an 12.221 Schüler:innen.

⁵ <https://www.spiegel.de/panorama/praevention-gegen-rechts-in-sachsen-neonazis-im-klassenzimmer-a-934132.html> (aufgerufen: 15.08.2025).

Dies stellt jedoch nur einen Bruchteil der in den letzten 20 Jahren in Deutschland durchgeführten Schulmaßnahmen von Aussteiger:innen dar. Die Anbietenden nennen weitaus höhere Zahlen. Betrachten wir etwa die Angaben der zwei größten zivilgesellschaftlichen Anbietenden sowie des größten staatlichen Angebots so ist die Rede von:

- Zehn bis 15 überwiegend männlichen ehemaligen Rechtsextremist:innen, die jährlich ca. 120 - 160 Schulmaßnahmen in verschiedenen Schultypen ab der achten Klassenstufe durchführen.
- Elf ehemaligen Rechtsextremen (alle männlich), die im Zeitraum von 2002 bis April 2021 fast 750 Veranstaltungen an mehr als 150 Schulen durchführten, und damit 15.000 Schüler:innen erreichten. Nach Angaben des Anbieters fanden 33 Prozent der Maßnahmen an Gymnasien und 50 Prozent an Förderschulen statt. Die Hälfte der Maßnahmen war für die Klassenstufen acht und neun bestimmt.
- Zwei weiblichen und acht männlichen ehemaligen Extremist:innen, die im Jahr 2020 im Projekt aktiv waren und mehrere hundert Gespräche führten. In den Jahren 2018 und 2019 führte dieses Projekt 22 Veranstaltungen an Schulen ab Klassenstufe zehn durch, etwas mehr als die Hälfte davon an Gymnasien.

2.4 Wie werden die Maßnahmen durchgeführt?

Die Veranstaltungen finden überwiegend als einmalige Maßnahmen statt. Die Formate divergieren und reichen von Maßnahmen in Einzelklassen bis zu klassen(-stufen-)übergreifenden bzw. schulweiten Großveranstaltungen.

Mehrheitlich werden die Veranstaltungen von/mit eine:m ehemaligen Extremist:innen durchgeführt.

Hintergrundwissen

Heterogenität der Schüler:innen anerkennen, vulnerable Kinder und Jugendliche schützen

Die Schüler:innenschaft in Deutschland ist so heterogen wie nie zuvor (BMFSFJ 2021). Die kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt im Klassenzimmer sollte grundsätzlich als positiv verstanden werden. Sie bietet zahlreiche Möglichkeiten, um Vorurteile abzubauen und Aufgeschlossenheit zu fördern. Gleichzeitig ist sich bewusst zu machen, wie vielfältig die Diskriminierungserfahrungen unter Kindern und Jugendlichen sind – etwa aufgrund von Geschlecht, Einwanderungsgeschichte bzw. Migrationshintergrund, Gewicht, Behinderung, körperlicher Beeinträchtigung oder sexueller Orientierung (DJI 2024) – und wie zahlreich die Berührungspunkte mit Mobbing und Gewalt sind.

Schule sollte den Anspruch eines Safe Space verfolgen, also die physische, soziale und psycho-emotionale Konstitution der Schüler:innen berücksichtigen. Betroffene von Gewalt und Diskriminierung o. ä. benötigen gerade im Schutzbereich Schule Empathie und Ermutigung. Lernen wird durch eine positive Atmosphäre und ein angenehmes Klassenklima gefördert. Um dieses für alle Schüler:innen herstellen zu können, müssen wir uns deren unterschiedliche Erfahrungshintergründe, Wissensstände, sozialräumliche Lebensbedingungen, Entwicklungsstände, Lebenswelten usw. vergegenwärtigen. Die Annahme, dass eine externe Maßnahme auf die heterogene Schüler:innenschaft eine einheitliche Wirkung entfaltet, ist einladend bequem. Sie ist jedoch auch gleichermaßen eindimensional und unwahrscheinlich. Grundsätzlich sollte der Schutz vulnerabler Kinder und Jugendlicher bei Erwägungen externer Angebote im Fokus stehen. Insbesondere diese Kinder und Jugendlichen sollten in einer positiven Identitätsentwicklung bestärkt werden.

2. Ausgangslage: Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen als Lernarrangement

Es finden sich jedoch auch Beispiele für Veranstaltungen unter Beteiligung mehrerer Aussteiger:innen, teils auch aus unterschiedlichen extremistischen Bezügen. Darüber hinaus kommen in manchen Veranstaltungen auch weitere Referent:innen zu Wort (z. B. Mitarbeitende von anbietenden Ausstiegshilfen, Angehörige von Extremist:innen).

Festgestellt haben wir weiterhin Unterschiede in Bezug auf methodische und inhaltliche Schwerpunktsetzung sowie Dauer der Angebote. Auch die gezahlten Honorare unterscheiden sich teils deutlich. (Co-)Finanziert werden die Veranstaltungen üblicherweise durch öffentliche Mittel (z. B. parteinahe Stiftungen, Bundesprogramm „Demokratie Leben!“).

Exkurs: Aussteiger:innen in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit – Erfahrungsbericht der Aussteigerberatung (R)AUSwege in Rheinland-Pfalz: Thesen aus der Praxis

In Rheinland-Pfalz wurde das Programm (R)AUSwege 2001 als Ausstiegsberatung konzipiert und umgesetzt. Zum Zeitpunkt der Gründung und Implementierung der behördlichen Ausstiegsprogramme war (R)AUSwege das einzige Programm, das in einer Jugend- und Sozialbehörde (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in RLP) angesiedelt war. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hatte sich bewusst dafür entschieden, das Ausstiegsprogramm nicht bei einer Sicherheitsbehörde, sondern in der Abteilung Landesjugendamt des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung anzugliedern, um über pädagogische Fachkräfte einen frühen und niedrigschwelligen Zugang zu rechtsextrem orientierten jungen Menschen zu finden. Dies impliziert, dass die Ausstiegsbegleiter:innen ihren Klient:innen von Anfang an entsprechende (sozial-)pädagogisch orientierte Hilfen und Unterstützungen angeboten haben.

Grundlegend für die Beratenden von Aussteiger:innen in Rheinland-Pfalz ist die klientenzentrierte Gesprächsführung nach Carl Rogers. Die beratende Person bringt der Klientin und dem Klienten also authentisch seine bzw. ihre Empathie und Wertschätzung gegenüber der Person, ihrer Lebensgeschichte und Respekt zur Problemlage und der Absicht auszusteigen entgegen. Mit dieser klientenzentrierten Haltung kann in der Einzelfallarbeit eine professionelle und belastbare Beziehung aufgebaut werden, die auch in den schwierigen Phasen eines Ausstiegsprozesses tragen kann. Hilfreich sind dabei immer

auch lebenswelt- und aktionsorientierte individuelle Settings. Auf Basis dieser grundlegenden, pädagogischen Ansätze geht das klare Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten seitens der Beratenden einher. Darauf aufbauend kann die Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Ideologien der Klient:innen thematisiert und bearbeitet werden.

Es ist angesichts der gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit wichtig, dass Ausstiegsprogramme sich in ihrer Arbeit auf wesentliche und wichtige pädagogische Grundhaltungen besinnen und damit auf menschenverachtende und demokratiefeindliche Gruppen und Entwicklungen reagieren können.

Seit der Gründung des Beratungsangebotes zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen im Jahr 2001 und als Reaktion auf ein bundesweites Bedrohungsszenario gegenüber Ausstiegswilligen haben sich einige essenzielle Prinzipien und Sicherheitsmaßnahmen herauskristallisiert.

Den Ausstieg nicht öffentlich zu machen, erleichterte in allen Fällen Aussteiger:innen eine Neuorientierung und verhindert eine Stigmatisierung durch ihre jeweilige Szenenvergangenheit. In allen Fällen möchten Aussteigende mit ihrer Vergangenheit abschließen und diese nicht in Veranstaltungen oder Interviews wieder hervorholen. In der Praxis wurde deutlich, dass potenzielle Medienauftritte oder Veranstaltungen für den Ausstiegsprozess kontraproduktiv sind. Aussteiger:innen sind Expert:innen ihrer eigenen Biografien, jedoch nicht zwangsläufig für das Phänomen der extremen Rechten allgemein. Ihre Biografien sind immer individuell und nicht repräsentativ, schon gar nicht, wenn der Ausstieg etwa mehr als fünf Jahre zurückliegt. Die schnelle Weiterentwicklung der rechtsextremen

Szenen durch Social-Media erfordert beispielsweise aktuelle Erkenntnisse und Anpassungen in der Präventionsarbeit.

In der Präventionsarbeit mit Jugendlichen ist eine Vielfalt von Reaktionen auf Botschaften in verschiedensten Musik-Stilen und Szenen zu beobachten. In Bezug auf rechtsextreme, menschenfeindliche Inhalte kommt es bei Schüler:innen zu Reaktionen von Nähe und Faszination oder aber zu großer kritischer Distanz. „Abschreckende Beispiele“ finden die sogenannten „Rechtsaffinen“ eher „interessant“, während andere Schüler:innen damit wenig anfangen können. Nicht über schlechte oder abschreckenden Beispiele, sondern über kreative Workshopmethoden, wie Musik- oder HipHop-Workshops, können alternative Möglichkeiten geboten werden, Jugendliche zur Selbstreflexion zu führen und sie dazu zu bewegen, ihre individuellen Probleme zu erkennen und anzugehen.

Wichtig ist, durch Angebote jungen Menschen Erfahrungen zu ermöglichen, wie sie in einer Welt von Hass, Gewalt und kriegerischen Botschaften wertschätzend miteinander umgehen können. Natascha Strobel, Wiener Publizistin und Expertin für Rechtsextremismus, hatte dazu einmal gesagt, dass „das Internet/Social-Media große Gefahren und Gefährdungspotentiale, aber auch gleichzeitig den Schlüssel für eine Lösung oder Überwindung berge“. Präventions- und politische Bildungsarbeit muss eine klare Vorstellung haben, wohin sie führen soll. Das bedeutet nicht nur die Vermeidung von gegenseitigem Schulterklopfen, sondern vor allem konkrete Handreichungen und Unterstützung für diejenigen, die nach Orientierung suchen, anstatt Faszination zu fördern.

3. Wie schätzen Schüler:innen die Begegnungen mit Aussteiger:innen ein?

Die Anbietenden dieser Begegnungen berufen sich oftmals auf kontinuierlich durchgeführte Evaluationen. Diese beschränken sich allerdings in der Regel darauf, Kurzurückmeldungen von den teilnehmenden Schüler:innen und Lehrkräften einzuholen. Gerne werden positive Aussagen einzelner Schüler:innen und Lehrkräfte zur Bewerbung der Projekte verwendet. Teils kommen hier auch Zuschreibungen der Anbietenden zum Tragen. Konkrete Informationen zu den Gesamtergebnissen von Evaluationen oder Referenzdaten werden hingegen nicht zugänglich gemacht. Einige Anbietende interpretieren das positive Feedback einzelner Teilnehmenden und die hohe Teilnehmendenzahl als Wirkungsnachweis der Maßnahmen – was sie natürlich nicht sind.

Eine umfassende und belastbare Befragung von teilnehmenden Schüler:innen einer solchen Maßnahme – also eine Befragung, die über ein schlichtes „hat Dir die Maßnahme gefallen?“ hinausgeht und aussagekräftige Erkenntnisse liefert – fand bis zur Durchführung unserer Evaluationsstudie 2017/18 nach unserem Kenntnisstand nicht statt. Ebenso wurde nach unserer Kenntnis seither eine entsprechende Untersuchung nicht wieder durchgeführt. Für uns war maßgeblich, die Schüler:innen selbst zu Wort kommen zu lassen und ihre Einschätzungen sowie die (Lern-)Effekte der Maßnahme ausführlich zu erheben.

Die Ergebnisse dieser Befragung wiesen auf ein heterogenes Stimmungsbild seitens der 490 befragten Schüler:innen hin. Gleichzeitig identifizierten wir einige kritische Aspekte. Zwar bewerteten

die Schüler:innen die Maßnahme und den Aussteiger mehrheitlich positiv, allerdings bezogen sich die Bewertungen weit überwiegend auf die Person des Aussteigers. Das eigentliche Lernthema und inhaltliche Aspekte spielten hingegen kaum eine Rolle. Einige Schüler:innen merkten die verwendete Sprache und die Gewalterzählungen des früheren Rechtsextremen kritisch an. Die gewalthaltigen Inhalte waren maßgeblich dafür, dass sich 16 Prozent der Schüler:innen insgesamt und 25 Prozent der Schüler:innen im Speziellen während der Maßnahme unwohl fühlten. Einige Schüler:innen sprachen davon, Angst gehabt zu haben.⁶

⁶ Als Hintergrund: Wie das Deutsche Schulbarometer 2024 – eine repräsentative Studie der Robert Bosch Stiftung – aufzeigt, merkt ein Fünftel der befragten rd. 1.500 Schüler:innen ein geringes schulisches Wohlbefinden an. Ein Großteil der Schüler:innen berichten außerdem von zahlreichen Unterrichtsstörungen und fehlendem Feedback der Lehrkräfte. Bemängelt wird ferner, dass kaum Raum geschaffen wird, um mit Lehrkräften über Probleme innerhalb der Klasse zu sprechen. Die Autor:innen der Studie weisen darauf hin, dass ein Unterrichtsverständnis erforderlich ist, welches den Lernprozess ins Zentrum stellt.

Quelle: <https://www.bosch-stiftung.de/de/presse/2024/11/kriege-leistungsdruck-und-klimakrise-deutsches-schulbarometer-spiegelt-aktuelle> (aufgerufen: 15.08.25).

4. Worin liegen die Herausforderungen und Fallstricke im pädagogischen Handlungsfeld?

Wie die vorausgehenden Ausführungen bereits vermuten lassen, sind mit Schulmaßnahmen unter Einbindung von Aussteiger:innen zahlreiche Herausforderungen und Stolpersteine verbunden. Eine Übersicht wird im Folgenden gegeben. Sie soll zum Nachdenken und zur Reflexion anregen.

Bevor wir jedoch zu den Herausforderungen kommen, möchten wir den Beutelsbacher Konsens mit seinen Prinzipien politischer Bildungsarbeit (Wehling 1977) ins Gedächtnis rufen:

- Überwältigungsverbot (keine Indoktrination)

Es ist nicht erlaubt, Schüler:innen – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbstständigen Urteils‘ zu hindern.

Lernmethoden müssen demnach so gestaltet sein, dass sie den Schüler:innen ein eigenständiges Urteil ermöglichen und sie nicht überwältigen.

Politische Sozialisation und Motivation fördern

Kontroverse Diskussionen, die Einnahme verschiedener Perspektiven und die Entwicklung fundierter Standpunkte unterstützen das politische Interesse und die Selbstwirksamkeitserwartung.

- Kontroversitätsgebot (Diskussion von kontroversen Positionen)

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Schüler:innen muss verdeutlicht werden, dass es unterschiedliche Perspektiven auf einen Sachverhalt gibt.

Kontroversen behandeln und offenes (Klassen-)Klima schaffen

In jedem Unterricht ist ein demokratisches, für Diskussionen offenes Unterrichtsklima unverzichtbar. Das bedeutet, dass Lehrkräfte unterschiedliche Sichtweisen in den Unterricht einbringen und die Schüler:innen dazu ermutigen, ihre Meinung zu äußern, auch wenn diese der Meinung der Lehrkraft oder der Mitschüler:innen widerspricht. Dabei sollte allen Schüler:innen sensibel die Möglichkeit eingeräumt werden, sich zu äußern. Dies fördert die Kompetenzen der dialogorientierten Kommunikation.

- Schüler:innenorientierung (Befähigen zu selbstständigem, kritischem Denken)

Schüler:innen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Kinder und Jugendliche als soziale Akteur:innen mit Rechten und Beschwerdemacht begreifen

Grundsätzlich sollte Schule ein demokratischer Raum sein. Dies gilt es aktiv zu fördern und als Schulpersonal vorzuleben – im Hinblick auf Schulklima, Regeln und Vorbildrolle. Schule sollte grundsätzlich diversitätsorientiert, diskriminierungskritisch und an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiert sein. Es sollten partizipative Ansätze verfolgt werden, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich als Träger:innen von Rechten wahrzunehmen und diese Rechte geltend zu machen. Das bedeutet, dass sie an Entscheidungen, die sie betreffen, aktiv beteiligt werden.

4. Worin liegen die Herausforderungen und Fallstricke im pädagogischen Handlungsfeld?

Insofern zielt Unterricht darauf ab, Schüler:innen zu befähigen, sich mit einer Fragestellung auseinanderzusetzen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln – und das vor dem Hintergrund ihrer eigenen Interessen und Erfahrungen, die für ihre Bewertung eines Sachverhalts von Bedeutung sind (dazu gehören zum Beispiel auch Rassismuserfahrungen, Diskriminierungen aufgrund von sozialer Lage, sexueller Orientierung etc.).

Demokratiebildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip

Die Vermittlung demokratischer Werte beginnt bei der täglichen Interaktion. Ist diese geprägt von Toleranz, Respekt und Wertschätzung und stößt die Meinung von Schüler:innen auf Gehör, trägt dies zu Selbstwirksamkeit und politischem Effektivitätsgefühl der Kinder und Jugendlichen bei und wirkt indirekt positiv auf politische Partizipation (Oberle et al. 2023; SWK 2024). Es lohnt sich also, ein demokratisches Unterrichtsklima als fächerübergreifendes Prinzip zu etablieren und sich am Leitbild der Erziehung zu Kooperationsbereitschaft, Kritikfähigkeit und Mündigkeit zu orientieren (SWK 2024).

4.1 Einseitigkeit und Reproduktion

Die (politische) Urteilskompetenz zu fördern, ist eines der Primärziele von (politischer) Bildung. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn sich mit verschiedenen Meinungen und Argumenten auseinandergesetzt wird – also unterschiedliche Perspektiven gehört und diskutiert werden. Die Schulmaßnahmen von Aussteiger:innen sind **monoperspektivisch**. Sie konzentrieren sich auf die retrospektive (üblicherweise männliche) Täter:innenperspektive. Die Sichtweise der Betroffenen von (rechter) Gewalt hingegen, spielt zumeist eine untergeordnete Rolle.

Politische Bildung stellt Fragen

Politische Bildung dient nicht der Antwort, sondern der Fragestellung. Sie schafft Räume für eigene Gedanken. Dies können Sie unterstützen durch Formate wie eigene Recherchen, partizipationsorientierte Diskussionen und kollaborative Methoden. Auf diese Weise können Sie die Perspektivübernahme- und Kooperationsfähigkeiten Ihrer Schüler:innen fördern (SWK 2024). Konzipieren Sie Ihren Unterricht so, dass er Frage-, Sach-, Analyse- und Deutungskompetenzen aktiviert. Durch eine an den Lebenswelten der Schüler:innen orientierte Themenwahl können Sie das Politische greifbar machen, eine nachhaltige Wissensvermittlung initiieren und das Interesse an Politik fördern. Nehmen Sie bei der Auseinandersetzung mit (Rechts-)Extremismus grundsätzlich die Perspektive der Betroffenen und das Thema Zivilcourage in den Blick.

Die Eindimensionalität der Veranstaltungen geht mit weiteren Herausforderungen einher. Eine wesentliche stellt die Reproduktion dar. Bei der Auseinandersetzung mit bestimmten Inhalten – wie etwa (Rechts-)Extremismus – kann das Risiko der **Reproduktion** nie vollständig ausgeschlossen werden. Daher besteht die Gefahr der ungewollten Bestärkung von Stereotypen und Vorurteilen sowie der Diffamierung und Verletzung von Betroffenen. Umso bedeutender ist die pädagogisch-didaktische Vermittlung, Auseinandersetzung und Diskussion der Inhalte.

Es ist essenziell, Formate durchzuführen, die Rassismus nicht reproduzieren oder Stereotype bedienen. (Politische) Bildungs- und Präventionsangebote sollten stets diskriminierungssensibel sein.

4.2 Kritischer Sprachgebrauch

Aussteiger:innen verwenden oftmals bewusst einschlägige Sprache bzw. rechtsextremes Vokabular. Sie geben also, wie zu ihren aktiven Zeiten in der Szene **sexistische Beleidigungen, rassistische Schmähungen und antisemitische Hetze** wieder. Begründet wird dies mit Authentizität. Die dahinterstehenden Motivationen sind jedoch zweitrangig: Von Relevanz ist die Wirkung, die dieser Sprachgebrauch auf die Schüler:innen haben kann, und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Klasse, Schule und Gesellschaft. Es besteht zum einen die Gefahr der Verletzung und (Re-)Traumatisierung von (potenziell) Betroffenen; zum zweiten kann das Gehörte aufgegriffen und verwendet werden, um andere abzuwerten.

Sprache ist ein zentrales Medium für Lernprozesse. Zu einem demokratisch wertegeleiteten und freiheitlichen Habitus gehört auch ein entsprechender Sprachgebrauch. Die Gestaltung von sprachsensiblen Unterricht ist sehr bedeutsam.

4.3 Gewaltdarstellungen

Fiktionale und reale Gewaltdarstellungen spielen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen durch den Konsum von Social-Media, Gaming und das Schauen von Videos sowie Filmen eine wesentliche Rolle. Nicht zu vernachlässigen ist zudem der Fakt, dass viele junge Menschen selbst Betroffene von Gewalt in all ihren Ausprägungen sind – sei es direkt oder indirekt. Das bedeutet: Es muss davon ausgegangen werden, dass sich unter den Schüler:innen Personen befinden, die von Gewalt betroffen waren oder sind – sei es als direkt Betroffene oder als Zeugen von verbaler, psychischer, physischer und/oder sexueller Gewalt. Ebenso können Personen anwesend sein, deren Familien oder Community als Feinde markiert werden.

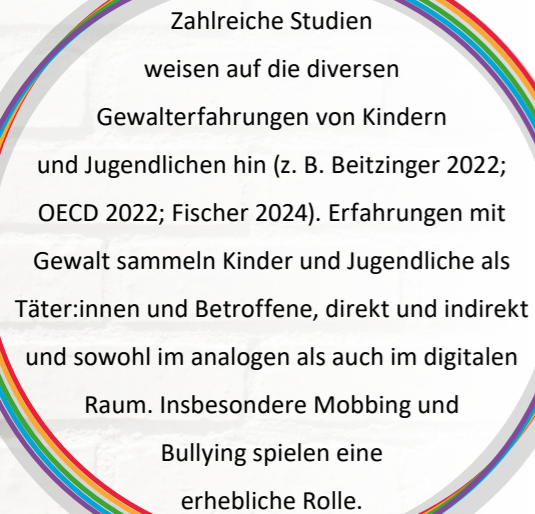
Auch Aussteiger:innen haben i. d. R. Erfahrungen mit Gewalt. Durch die Einladung an die Schule kommen Schüler:innen in direkten Kontakt mit ehemaligen Gewalttäter:innen und ihren Geschichten. Die Erzählungen enthalten teils **detaillierte grafische und explizite Gewaltdarstellungen** von in der Szene selbst ausgeübter und erfahrener Gewalt. Diese werden in den Veranstaltungen häufig drastisch geschildert und mit Fotos und Videos visualisiert. Dies geschieht aus voller Überzeugung und in einer zugleich beachtlichen als auch besorgniserregenden Selbstverständlichkeit.

Bedeutend sind Ausführungen, die dem Alter und der Entwicklungsstufe der Schüler:innen Rechnung tragen. Zu vermeiden sind hingegen detaillierte oder verstörende Inhalte, die Kinder und Jugendliche emotional überfordern können.

Diese verbal und medial detaillierten Gewaltdarstellungen können bei den Schüler:innen zu Verunsicherung, Überforderung, Ängsten und (Re-)Traumatisierungseffekten führen – insbesondere bei (potenziell) Betroffenen von rechter Gewalt, Stigmatisierung und rassistischer/antisemitischer Diskriminierung. Die Reproduktion von diskriminierenden und rechtsextremen Narrationen, Denk- und Handlungsmustern können Gefühle wie Sorge, Schuld und Scham auslösen. Dies wiederum kann zu Lernblockaden und sozialem Rückzug führen sowie die Entwicklung bzw. Verfestigung psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen begünstigen.

Darüber hinaus birgt die Fokussierung auf Gewaltdarstellungen ein weiteres Risiko: das der Faszination. Es ist nicht ausgeschlossen, dass einige Kinder und Jugendliche sich zu Gewalt hingezogen fühlen und dem Gehörten nacheifern wollen. Bei diesen jungen Menschen können die Veranstaltungen problematisches Verhalten fördern und manifestieren.

4. Worin liegen die Herausforderungen und Fallstricke im pädagogischen Handlungsfeld?



Zahlreiche Studien weisen auf die diversen Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen hin (z. B. Beitzinger 2022; OECD 2022; Fischer 2024). Erfahrungen mit Gewalt sammeln Kinder und Jugendliche als Täter:innen und Betroffene, direkt und indirekt und sowohl im analogen als auch im digitalen Raum. Insbesondere Mobbing und Bullying spielen eine erhebliche Rolle.

Welche Folgen der Konsum von Gewalterzählungen und -darstellungen von Aussteiger:innen für Kinder und Jugendlichen haben kann, ist vom Individuum abhängig. Während einige mit Überforderung und Verunsicherung reagieren, können andere aggressives bzw. gewalttätiges Verhalten an den Tag legen. Denkbar ist ebenso ein allgemeiner Gewöhnungseffekt hinsichtlich Gewaltdarstellungen. Die oftmals erwünschte abschreckende Wirkung – so wissen wir aus der Forschung – ist hingegen nicht zu erwarten.

Gute pädagogische Beziehungen gründen auf respektvollem, wertschätzenden und an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiertem Umgang. Sie bilden eine Grundlage für gelingende Lernprozesse und demokratische Sozialisation. Dreh- und Angelpunkt ist die den Schüler:innen gegenüber eingenommene Haltung. Das Durchführen bestimmter Präventionsmaßnahmen geht mit der Annahme einher, die jungen Menschen liefern Gefahr, sich in eine extreme Richtung zu entwickeln oder dies bereits getan zu haben. Diese negative Sichtweise auf junge Menschen kann zu Ablehnung führen. Im Sinne der politischen Bildung sollte besser eine Haltung eingenommen werden, die die Entwicklung hin zu mündigen Bürger:innen fördert. Daher sollte den Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe begegnet und eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden. Empfehlenswert ist, den Raum zu schaffen, um über Eindrücke und Ängste offen zu sprechen, Fragen und Unsicherheiten ernst zu nehmen sowie ihnen Sicherheit und Zuwendung zu geben.

4.4 Komplexitätsreduktion

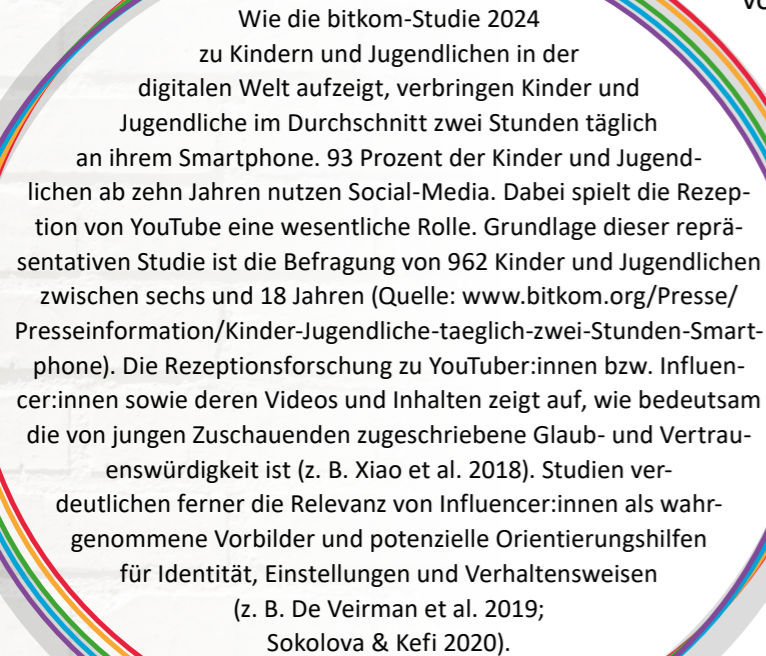
Eine weitere Herausforderung besteht in der **Komplexitätsreduktion**, die u. a. mit der Monoperspektivität der Veranstaltungen einhergeht. Das Berichten über eine Einzelbiografie kann Stereotypisierung fördern. Auch die bereits angesprochene Schwerpunktsetzung auf Gewalt ist einseitig und wird der Komplexität des Phänomens Rechtsextremismus nicht gerecht. So sind Rechtsextreme wesentlich vielfältiger und sollten nicht auf gewaltausübende Personen reduziert werden. Passiert dies, kann in der Folge ein verkürztes Bild von Rechtsextremismus bei den Schüler:innen entstehen oder sich erhärten. Rechtsextremismus kann hierdurch als individuelles Problem statt als gesamtgesellschaftliches und strukturelles Phänomen verstanden werden.

4.5 Vom Klassen- ins Kinderzimmer

Eine zentrale Herausforderung in der heutigen digitalisierten Gesellschaft besteht darin, dass Klassen- und Kinderzimmer nicht mehr voneinander getrennt werden können – dies gilt auch in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit. Durch die Schulveranstaltungen kommen die Kinder und Jugendlichen in Kontakt mit Aussteiger:innen, die zum Teil medial sehr aktiv sind. Sie nutzen diverse soziale Medien und die Veranstaltungen an Schulen, um sich selbst, ihre Autobiografien und ihre Produkte zu bewerben. Im Rahmen unserer Evaluationsstudie gaben 52 Prozent der 490 Schüler:innen an, dem Aussteiger im Nachgang der Schulmaßnahme in den sozialen Netzwerken gefolgt zu sein.

Wie unsere Forschung ebenso aufgezeigt hat, enthalten auch die **Online-Auftritte (wie YouTube-Kanäle) teils fragwürdige und nicht jugendgerechte Inhalte**, etwa im Hinblick auf Gewaltdarstellungen,

4. Worin liegen die Herausforderungen und Fallstricke im pädagogischen Handlungsfeld?



Wie die bitkom-Studie 2024 zu Kindern und Jugendlichen in der digitalen Welt aufzeigt, verbringen Kinder und Jugendliche im Durchschnitt zwei Stunden täglich an ihrem Smartphone. 93 Prozent der Kinder und Jugendlichen ab zehn Jahren nutzen Social-Media. Dabei spielt die Rezeption von YouTube eine wesentliche Rolle. Grundlage dieser repräsentativen Studie ist die Befragung von 962 Kinder und Jugendlichen zwischen sechs und 18 Jahren (Quelle: www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Kinder-Jugendliche-taeglich-zwei-Stunden-Smartphone). Die Rezeptionsforschung zu YouTuber:innen bzw. Influencer:innen sowie deren Videos und Inhalten zeigt auf, wie bedeutsam die von jungen Zuschauenden zugeschriebene Glaub- und Vertrauenswürdigkeit ist (z. B. Xiao et al. 2018). Studien verdeutlichen ferner die Relevanz von Influencer:innen als wahrgenommene Vorbilder und potenzielle Orientierungshilfen für Identität, Einstellungen und Verhaltensweisen (z. B. De Veirman et al. 2019; Sokolova & Kefi 2020).

Rollenbilder, Sprachgebrauch sowie den Konsum von Alkohol⁷ und (E-)Zigaretten.

Es gilt auch online das Risiko kontrainduzierter Effekte nicht zu unterschätzen. Gerade die Entwicklungen im Web 2.0 und in den digitalen Medien erfordern einen problemorientierten Umgang. So birgt etwa eine nicht trennscharfe Abgrenzung zu rechtsextremen und kriminellen Inhalten – wie wir sie in unserer Forschung zum Online-Auftritt eines Aussteigers festgestellt haben – die Gefahr, durch Algorithmen entsprechende Inhalte angezeigt zu bekommen.

⁷ Als Hintergrund: Die aktuellen Studienergebnisse der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zum Alkoholkonsum von 12- bis 25-Jährigen im Jahr 2023 zeigen auf, dass das Rauschtrinken bei Jugendlichen wieder auf das Niveau vor der Pandemie angestiegen ist. Insgesamt stagniert der regelmäßige Alkoholkonsum der Altersgruppe seit einigen Jahren auf gleichbleibendem Niveau. Die BZgA und der Beauftragte der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen warnen vor den gesundheitlichen Folgen von Alkoholkonsum. Quelle: https://www.bioeg.de/fileadmin/user_upload/PDF/pressemitteilungen/daten_und_fakten/Infoblatt_DAS_Alkoholkonsum_final.pdf.

Das Thema Rechtsextremismus sowie das Phänomen der Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen in der Öffentlichkeits-, Bildungs- und Präventionsarbeit kann grundsätzlich fächerübergreifend behandelt werden – ohne eine/n Aussteiger:in an die Schule einzuladen. Angesichts der Onlinepräsenz einiger Aussteiger:innen sollten sich Fachkräfte jedoch genau überlegen, in welcher Form dies im Unterricht geschehen sollte. Grundsätzlich bestehen vielfältige Ankerpunkte, um das Thema gesamtgesellschaftlich reflexiv-kritisch zu diskutieren und einzuordnen. Hierbei könnten unter anderem die folgenden Fragen im Zentrum stehen:

- Wie fühlen sich wohl Betroffene rechter Gewalt, wenn sie die medialen Selbstdarstellungen der Täter:innen sehen, die detaillierte Schilderung ihrer Taten hören und erkennen, dass das Berichten über die kriminelle Vergangenheit finanzielle Vorteile mit sich bringt?
- Wieso werden Aussteiger:innen in Schulen eingeladen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse gegen die Wirkung der Maßnahmen sprechen?
- Was macht die Faszination der Täter:innenperspektive aus? Warum finden diese Lebensgeschichten in unserer Gesellschaft so viel Gehör?

In diesem Kontext könnten die Materialien des Nordverbands Ausstieg interessant sein. Diese stellen Alternativen zur Konfrontation mit einer Einzelperson dar. So etwa der autobiografische Roman „Timo F. Neonazi“ mit pädagogischem Begleitmaterial für den Unterricht oder die Podcasts mit anonymen Aussteiger:innen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.nordverbund-ausstieg.de/publikationen/stellungnahmen.html

Demgemäß kann das Besuchen der Social-Media-Kanäle von Aussteiger:innen durch Kinder und Jugendliche dazu führen, dass sie ungewollte Inhalte angezeigt bekommen.

4.6 Glaubwürdigkeit

In diesem Kontext ist eine weitere Herausforderung zu nennen. Ein wesentliches Thema ist die Glaubwürdigkeit der Aussteiger:innen. Dies bezieht sich zum ersten auf den glaubwürdigen Ausstieg und zum zweiten auf die Glaubwürdigkeit der hinter den Maßnahmen stehenden altruistischen Motivlage.

- **Glaubwürdigkeit des Ausstiegs**

Die vermeintliche Authentizität der Aussteiger:innen wird den Anbietenden zufolge oftmals durch Verwendung von Szenesprache und Narrativen aus der (gewalttätigen) Vergangenheit unterstrichen. Diese Art der Reproduktion kann jedoch gegen eine (abgeschlossene) Deradikalisierung sprechen und stellt damit den vollständigen Ausstieg in Frage (etwa Ferguson 2016). Insofern ergibt sich hier ein Spannungsfeld zwischen glaubwürdigem Ausstieg und vermeintlicher Authentizität durch Szenenähe.

- **Glaubwürdigkeit des altruistischen Motivs**

In der Regel geben die Anbietenden und die Aussteiger:innen selbst altruistische Motive für das Engagement in der Präventions- und Bildungsarbeit an. Es sollen begangene Taten wieder gut gemacht und der Gesellschaft etwas zurückgegeben werden. Auch wenn dies ein Teil der Motivation für einige Aussteiger:innen sein mag, sprechen einige Faktoren für weitere bzw. alternative Motivlagen. Wie bereits erwähnt, nutzen Aussteiger:innen die Bühne der Schulmaßnahmen zur Wer-

bung für ihre Autobiografien, Social-Media Auftritte usw. Auch sind die Maßnahmen in der Regel nicht unentgeltlich. Dies spricht für monetäre Motive. Manche Online-Auftritte scheinen ferner Geschäftsmodelle darzustellen, wie unsere wissenschaftliche Auseinandersetzung ergab.

„Diese Präventionsarbeit hilft auch mir. [...] Die Anerkennung und der Applaus, ein geiles Gefühl“ (van den Berg 2017, S. 50). Wie das Zitat verdeutlicht, kann auch die bereits erwähnte Stabilisierung der Aussteiger:innen durch die Maßnahmen als Alternativmotiv fungieren. Die öffentlichen Auftritte dienen teils offenbar zur Kompensation von Bedürfnissen der Aussteiger:innen, die anderweitig nicht (mehr) bedient werden können.

4.7 Fehlende Distanz zur Quelle

Die Primäraufgabe einer subjektorientierten Jugendarbeit stellt die Unterstützung der Jugendlichen in ihrem Entwicklungs- und Bildungsprozess hin zu selbstbewussten und selbstbestimmten Bürger:innen dar. Es gilt also, die jungen Menschen im Unterricht als selbstbestimmte und eigenverantwortliche Subjekte zu verstehen. Schüler:innen sollen befähigt werden, sich kritisch zu positionieren und zu reflektieren. Zentral für die Kompetenzbildung der Schüler:innen ist das Thema **Quellenkritik**. Ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts ist daher, Informationen und Quellen kritisch zu reflektieren bzw. dazu zu ermutigen, dies zu tun. Die kritische Auseinandersetzung mit Quellen und transportierten Informationen geschieht am besten aus einer gewissen Distanz. Die direkte Konfrontation mit einem/r Aussteiger:in erschwert folglich eine kritisch-distanzierende Auseinandersetzung mit den vermittelten Informationen. Daher tragen diese Maßnahmen nicht zum Erlernen von Quellenkritik bei, sondern hemmen dies.

Schüler:innen im Lernprozess begleiten

In der heutigen Gesellschaft hat das reine Vermitteln von Fachwissen ausgedient. Der Unterricht sollte sich vorrangig um die Vermittlung von Kompetenzen drehen. Die Aufgabe von Lehrkräften ist dabei nicht mehr die reine Fachvermittlung, sondern vielmehr zu motivieren, individuell zu fördern und Lernprozesse zu begleiten.

In Anbetracht der zahlreichen aufgeführten Herausforderungen und Stolpersteinen der Maßnahmen von und mit Aussteiger:innen in der Bildungs- und Präventionsarbeit muss aus unserer Sicht die Vereinbarkeit mit dem Beutelsbacher Konsens in Frage gestellt werden.

Im Folgenden erfahren Sie, welche konkreten Angebote das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz hat, die sich bereits in der Praxis bewährt haben.

Reflexion der eigenen Bedürfnis-, Interessens- und Erwartungslage

Professionelle Selbstreflexion, sich auf Zielgruppen und deren (politische) Themen partizipativ einlassen, kann herausfordernd sein. Von den politischen Fragen und Interessen von Kindern und Jugendlichen auszugehen, statt von eigenen Anliegen oder Deutungen ist besonders wichtig. Gelingt dies, führen die Bedürfnisse der Zielgruppe zur Unterrichtsgestaltung.

Bei Ihrer Entscheidung für bzw. gegen bestimmte Präventions- und Bildungsmaßnahmen können Sie anhand der folgenden Fragen in einen Reflexionsprozess gehen:

Welche Absicht und Motivation stehen hinter der Auswahl dieser Maßnahme?

- Was erwarte ich (mir) konkret von diesem Angebot? Welche Zielstellungen/Lernziele verfolge ich?
- Sollen nur Informationen vermittelt werden oder auch Kompetenzen und konkrete Handlungsstrategien?
- Soll die Veranstaltung der eigenen Fortbildung/dem eigenen Interesse dienen oder stehen die Schüler:innen im Zentrum?
- Wenn das Erste zutrifft, gibt es gesonderte Angebote für pädagogische Fachkräfte? Es ist ratsam, sich bereits im Vorfeld einen Überblick über das Thema Rechtsextremismus anzueignen. Bildungs- und Präventionsmaßnahmen für Schüler:innen sollten nicht den Einstieg der Auseinandersetzung mit dem Thema für die Fachkraft darstellen.
- Wo liegen die Grenzen des Erreichbaren?
- Wie gehe ich damit um, wenn Schüler:innen aufgrund von aufwühlenden Inhalten anfangen zu weinen?
- Kann ich Rahmenbedingungen schaffen, um (potenziell) Betroffene bzw. vulnerable Schüler:innen einen Safe Space zu schaffen (Freiwillige Teilnahme an der Maßnahme, Pausenregelung, Einbezug von Erziehungsberechtigten etc.)?
- Kann ich die Ressourcen (inhaltlich, zeitlich etc.) aufbringen, die zur pädagogischen Einbettung des Angebots im Rahmen der Vor- und Nachbereitung notwendig sind?

5. Gut zu wissen: Welche Alternativangebote hat das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz im Portfolio?

Präventionsangebote

Planspiele: Demokratie leben!

In den Planspielen werden realitätsnahe Situationen simuliert und Handlungsstrategien für diese trainiert. Die Teilnehmenden übernehmen dabei die Rollen relevanter Akteure und Akteurinnen. Sie versetzen sich in deren Sichtweisen und erwecken die Charaktere mit ihren Ideen zum Leben. Wichtig ist das Interesse am Themenkomplex und an Kommunikation. Planspiele sind als Bühne für „erlebtes Lernen“ und durch intensive ergebnissichernde Reflektion didaktisch sehr effektiv. Sie bieten einen Erlebnisrahmen, innerhalb dessen Teilnehmende sich ausprobieren können und Perspektivwechsel eingefordert werden. Ziel ist stets, für alle Dimensionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren und gemeinsam Handlungsoptionen dagegen zu erörtern.

Das Angebot richtet sich an zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen, Polizei, Ordnungsbehörden, Jugendgruppen und alle Interessierte.

Die Planspiele werden grundsätzlich von mindestens zwei ausgebildeten Planspielleiterinnen und -leitern durchgeführt. Die Honorarkosten für die Planspielleitung betragen 700,- € zuzüglich Reise- und ggf. Übernachtungskosten. Für rheinland-pfälzische Organisationen werden die Durchführungskosten von der Leitstelle Kriminalprävention oder über das Bildungsministerium gefördert. Gerne stehen wir

bei Fragen zu den Kosten zur Verfügung.

Das Angebot Planspiele: Demokratie leben! wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz gefördert.

Telefon: 06131/ 967 189

E-Mail: planspiel@lsjv.rlp.de

Homepage: www.demokratiezentrum.rlp.de/fortbildungen/planspiele

Fortbildungen und Workshops

Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz bietet ein umfangreiches Angebot an Fortbildungen und Workshops zu Themenfeldern rund um Prävention, Radikalisierung und Extremismus an. Ziel ist es Sie, als Fachkräfte oder interessierte Menschen aus der Zivilgesellschaft, in den Themenfeldern zu schulen und als Multiplikator:innen in der Praxis zu unterstützen und zu sensibilisieren.

In unseren Fortbildungen und Workshops greifen wir auf unsere fachliche Expertise aus der universellen Prävention (DivAN) sowie aus der Präventions- und Beratungsarbeit in den Phänomenbereichen des politisch motivierten Extremismus (Rückwege/Rauswege) und des religiös begründeten Extremismus (Salam) zu. Die Angebote vermitteln Fachwissen und Handlungsmethoden für Ihre berufliche Praxis bzw. Ihren Lebenskontext.

Die Inhalte können in von uns konzipierten Tagesseminaren oder individuell angepassten fachlichen Kurzworkshops angeboten werden. Die Fortbildungen und Workshops sind kostenfrei und für Fach-

5. Gut zu wissen: Welche Alternativangebote hat das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz im Portfolio?

kräfte aus Rheinland-Pfalz. Melden Sie sich gerne bei uns persönlich, sodass wir gemeinsam nach einem passenden Angebot für Ihre Bedarfe schauen können.

Telefon: 06131/ 967 431

E-Mail: divan@lsjv.rlp.de

Homepage: www.demokratiezentrum.rlp.de/fortbildungen/fortbildung

Beratungsangebote

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz

Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz“ (MBR RLP) ist ein Beratungsangebot, welches durch das Land Rheinland-Pfalz, insbesondere das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration, und das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ finanziert wird. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz unterstützt alle, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich dagegen wenden möchten. Gemeinsam werden fallspezifisch individuelle Handlungsoptionen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten, Möglichkeiten und persönlicher Wünsche entwickelt. Die Beratung erfolgt vertraulich, das Angebot ist aufsuchend und kostenfrei.

Die Teams der Mobilen Beratung sind in diesem Kontext an der Schnittstelle zwischen zivilgesell-

schaftlichen und staatlichen Akteur:innen aktiv. Sie können dabei Mittlerin zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement, Politik und Verwaltung sein, und im Interesse der Beratungsnehmer:innen sowie einer demokratischen Zivilgesellschaft kritische Impulse setzen.

Ziel der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz ist es, eine menschenrechtsorientierte, demokratische Kultur zu stärken, in der eine Kultur des Hinsehens und der gelebten Zivilcourage eine bedeutende Rolle spielt.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist in vier Regionalstellen organisiert:

Regionalstelle Nord

Telefon: 0261/9735815

E-Mail:

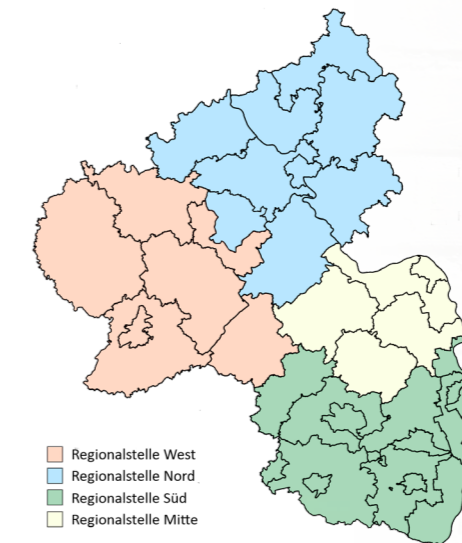
regionalstelle-nord@mbr-rlp.de

Regionalstelle West

Telefon: 0151/17164379

E-Mail:

regionalstelle-west@mbr-rlp.de



Regionalstelle Mitte

Telefon: 0163/4145236

E-Mail:

regionalstelle-mitte@mbr-rlp.de

Regionalstelle Süd

Telefon: 0151/10591049

E-Mail:

regionalstelle-sued@mbr-rlp.de

Homepage: www.demokratiezentrum.rlp.de/beratung/mobile-beratung-gegen-rechtsextremismus-in-rheinland-pfalz

Ausstiegs und Distanzierungsberatung politischer Extremismus

Aussteigerprogramm (R)AUSwege

Das rheinland-pfälzische Aussteigerprogramm (R)AUSwege richtet sich vor allem an junge Menschen, die in den Einflussbereich rechtsextremistischer Gruppierungen gelangt sind. Über eine kostenlose Hotline können Jugendliche und junge Erwachsene einen ersten anonymen Kontakt zu (R)AUSwege aufnehmen.

Gemeinsam mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen überlegen die Mitarbeiter:innen von (R)AUSwege, welche Ausstiegshilfen nötig sind und wie diese erschlossen werden können. Sie kooperieren dabei eng mit den Trägern von Hilfsangeboten vor Ort. Beim Übergang zu diesen Hilfen bietet (R)AUSwege den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine persönliche Begleitung und Betreuung an. Das rheinland-pfälzische Aussteigerprogramm (R)AUSwege bietet auch sozialpädagogischen Fachkräften, Lehrer:innen sowie Initiativen fachliche Beratung und Unterstützung an. Sie können sich ebenfalls an die Hotline wenden oder ihr Anliegen per E-Mail rauswege@lsjv.rlp.de formulieren. Gemeinsam wird dann mit den Fachkräften besprochen, wie im Einzelfall der Kontakt zum Ausstiegswilligen hergestellt und in welchem Rahmen eine Betreuung stattfinden kann.

Im erforderlichen Einzelfall können so auch länderübergreifend Hilfen organisiert und auf den Weg gebracht werden.

E-Mail: rauswege@lsjv.rlp.de

Distanzierungsberatung Rückwege

Rückwege ist die Distanzierungsberatung des Demokratiezentrums Rheinland-Pfalz bei politisch motiviertem Extremismus.

Rückwege sucht den Dialog mit jungen Menschen, die auf der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, die latent oder offen rechtsextrem orientiert sind. In Gesprächen werden neue Perspektiven eröffnet und so Meinungs- sowie Verhaltensveränderungen ermöglicht. Ziele der Beratung sind z. B. die Förderung von Toleranz sowie von Menschen- und Demokratiefreundlichkeit. Die Beratung unterstützt bei der persönlichen Neuorientierung und ebnet den Weg für nachhaltige Veränderung. Die Beratung erfolgt in der Regel auf freiwilliger Basis.

Das Beratungsangebot von Rückwege ist breit aufgestellt und bietet sowohl Einzelfallhilfe, als auch Beratung, Information und Fortbildungen für Fachkräfte an.

Die Beratung von Rückwege ist kostenfrei, vertraulich, aufsuchend und findet unter Einhaltung von datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie Sicherheitsaspekten in der Distanzierungsberatung statt. Sie kann per E-Mail, telefonisch, persönlich vor Ort oder per Videocall stattfinden und bei Bedarf anonym erfolgen.

Einzelfallhilfe

Individuell angepasste Beratung und Unterstützung der persönlichen Entwicklung setzt auf neue Erfahrungen jenseits der Bindung an eine menschenverachtende oder gewaltverherrlichende Gruppe. Dazu werden die beratungssuchenden Jugendlichen und junge Menschen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeit lebenspraktisch mit dem Ziel der nachhaltigen positiven Veränderungen unterstützt.

Unterstützung für Fachkräfte

Um Fachkräfte für den Umgang mit rechtsextrem einstiegsgefährdeten Jugendlichen zu stärken, bieten wir praxisnahe Fortbildungen und Workshops an. Diese vermitteln fundiertes Wissen, sensibilisieren für Radikalisierungsprozesse und geben Handlungsempfehlungen für die pädagogische Praxis. Die Fortbildungen und Workshops sind kostenlos. In der Regel finden sie in Ihrer Organisation statt.

Zudem beraten wir Fachkräfte anlassbezogen im Einzelfall. Die Beratung verfolgt das Ziel, Anzeichen einer möglichen rechtsextremen Radikalisierung einzuschätzen, passende pädagogische Strategien für den Umgang mit den Jugendlichen zu entwickeln und Gespräche mit gefährdeten jungen Menschen vorzubereiten. Außerdem unterstützt sie dabei, Risiken und Gefährdungslagen realistisch zu bewerten – auch im eigenen professionellen Handeln.

Beratung im justiziellen Kontext

Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsprozesse können auch durch richterliche Weisungen und Auflagen im Diversionsverfahren initiiert werden. Ein solcher „Zwangskontext“ birgt erfahrungsgemäß die Chance, mit möglicherweise nicht gesprächsbereiten jungen Menschen in Kontakt zu kommen und erfolgreich mit diesen zu arbeiten. Das Angebot von Rückwege richtet sich an Akteure im justiziellen Bereich wie Gerichte, Staatsanwaltschaften, Jugendhilfe im Strafverfahren sowie weitere am Strafverfahren Beteiligte.

In den Gesprächen mit Rückwege setzen sich die Jugendlichen mit ihren Straftaten und den dahinterliegenden Einstellungen auseinander. Abgestimmt auf den Einzelfall sollen die ideologischen Komponenten der Tat aufgearbeitet und erste Irritationsmomente bei den Beratungsnehmenden gesetzt werden, um Impulse zur Veränderung wie z.B. eine potenzielle Distanzierungsmotivation, herbeizuführen. Die

Beratung umfasst in der Regel 5 bis 8 Termine und kann weitere gerichtliche Sanktionen wie Geldauflagen oder Sozialstunden ergänzen.

Beratungshotline (R)AUSwege und Rückwege: 0800/45 46 000

E-Mail: rueckwege@lsjv.rlp.de

Homepage: www.demokratiezentrum.rlp.de/beratung/ausstiegs-und-distanzierungsberatung-politischer-extremismus

Angehörigenberatung bei demokratiefeindlichen Einstellungen

Die „Angehörigenberatung bei demokratiefeindlichen Einstellungen“ ist ein Beratungsangebot des Landes Rheinland-Pfalz, umgesetzt durch das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, welches beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt verortet ist. Sie berät Menschen, die mit demokratiefeindlichen, extremistischen oder verschwörungsgläubigen Einstellungen im Familienkreis konfrontiert sind. Wie wichtig und entlastend das Beratungsangebot für Angehörige ist, zeigen langjährige Erfahrungen der rheinland-pfälzischen „Elterninitiative gegen rechts – Hilfen für Eltern von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen“. Gerade in Familien und engen Beziehungen ist der Leidensdruck hoch, wenn geliebte, vertraute Menschen von entsprechenden Szenen vereinnahmt werden und sich zu radikalisieren drohen.

Die Angehörigenberatung bietet fachliche Expertise zu Phänomenen wie Extremismus, Verschwörungsglaube, Demokratie- und (Gruppenbezogener) Menschenfeindlichkeit.

Die qualifizierte Beratung ist vertraulich und kostenlos. Sie kann auf Wunsch anonym über E-Mail und

5. Gut zu wissen: Welche Alternativangebote hat das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz im Portfolio?

Telefon, aber auch persönlich und vor Ort erfolgen. Hilfe wird schnell und unkompliziert angeboten. Gegebenenfalls können zusätzliche Unterstützungsangebote aufgezeigt werden.

Beratungstelefon: 06131/967 373

E-Mail: angehoerigenberatung@lsjv.rlp.de

Homepage: www.demokratiezentrum.rlp.de/beratung/angehoerigenberatung

Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz **Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt**

Handlungsleitend für die Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz ist das Ziel, Betroffene bei der Bewältigung ihrer Erlebnisse und in der (Rück-)Gewinnung ihrer Handlungsfähigkeit zu begleiten und zu bestärken. Eine demokratische und solidarische Zivilgesellschaft ist das stärkste Gegengewicht zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz steht an der Seite derjenigen, die von solcher Gewalt betroffen sind – parteiisch, unterstützend und stärkend.

Die Beratungsarbeit ist menschenrechtsorientiert und setzt sich ein für den Schutz der Würde jedes Menschen mit dem Ziel einer Gesellschaft, in der Freiheit, Gleichwertigkeit, Teilhabe und Selbstbestimmung für alle gelebte Wirklichkeit sind. Die Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz arbeitet im Rahmen von zwei Regionalstellen aktiv daran, diese Werte dort zu stärken, wo sie bisher unvollständig verwirklicht sind.

Das Angebot der beiden Regionalstellen richtet sich an Menschen, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen sind.

Dazu gehören z. B. Migrant:innen, BIPOC, Muslim:innen, Jüdinnen:Juden, Betroffene von Gadge-Rassismus (Sinti:zze und Rom:nja, Jenische), LGBTIQPA+-Personen, feministisch Engagierte, Menschen mit Behinderung, Wohnungslose, politische Gegner:innen von Rechtsextremen sowie Angehörige nicht-rechter Jugendkulturen. Auch Menschen, die aufgrund rechtsextremer Zuschreibungen Gewalt erfahren, werden beraten.

Gemeinsam werden fallbezogen individuelle Handlungsoptionen entwickelt – unter Berücksichtigung der konkreten Bedürfnisse, der lokalen Gegebenheiten sowie der persönlichen Situation und Wünsche der Ratsuchenden.

Die Beratung erfolgt vertraulich, kostenlos und bei Bedarf auch aufsuchend in ganz Rheinland-Pfalz.

Beratungsstelle Nord-West

Telefon: 0261/3006400

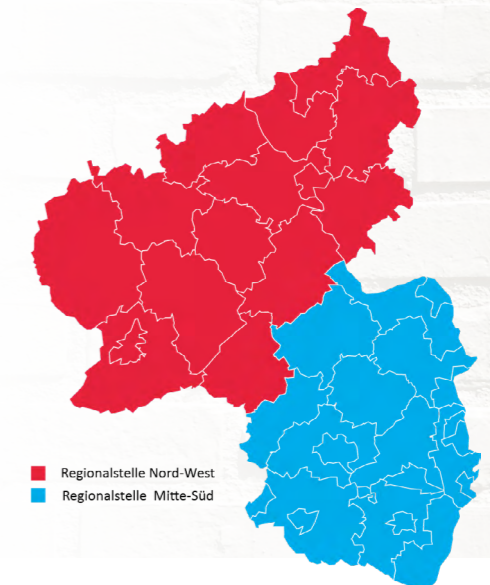
E-Mail: betroffenenberatung@awo-rheinland.de

Beratungsstelle Mitte-Süd

Telefon: 06131/32742992

E-Mail: betroffenenberatung@wertzeug.org

Homepage: www.betroffenenberatung-rlp.de/



Exkurs: Aktuelle Herausforderungen für die Ausstiegsarbeit aus dem politischen Extremismus

Seit der Gründung des Ausstiegsprogramms (R)AUSwege in Rheinland-Pfalz haben sich insbesondere in den letzten Jahren das Beratungsangebot, die gesellschaftlichen Bedingungen und die Anforderungen an die Ausstiegsberatung stark gewandelt. Auch in der praktischen Arbeit ist zu erkennen, dass rechtsextreme Kräfte gesellschaftlich und strategisch eine Wirkung in Bezug auf eine Normalisierung rechtsextremer Ideologiebestandteile/-fragmente entfalten konnten.

Dies zeigt sich auf Ebene der pädagogischen Fachkräfte, die zwar schon immer Beratung in Bezug auf rechtsextreme Lebenswelten gesucht haben, denen nun aber eine Einordnung von Erlebtem in extrem rechte Zusammenhänge immer schwerer fällt. Die bisher in der Mehrheitsgesellschaft als „Grenzen des Sagbaren“ akzeptierten Vereinbarungen wurden in den letzten Jahren überschritten, indem Wortschöpfungen der neuen Rechten in Argumentationen einfließen und populistische sowie rassistische Äußerungen als selbstverständlich und mehrheitsfähig dargestellt werden. Diese Relativierung extremer Ideologien zeigt Wirkung und beeinflusst auch das Einschätzungsvermögen von pädagogischen Fachkräften.

In der Vergangenheit beinhaltete Ausstiegsarbeit viel handlungspraktische soziale Arbeit, um Klient:innen dabei zu unterstützen, der rechtsextremen Szeneaktivität fernzubleiben, Beistand bei der Resozialisierung und der Tattooentfernung zu leisten oder neue Perspektiven in der Jobsuche zu schaffen.

Vergleichbare Fälle gibt es weiterhin, sie nehmen aber ab. Heute ist der Leidensdruck bei vielen Szenemitgliedern nicht hoch genug, um entsprechende Hilfen anzunehmen. Häufig gibt es wenig Bedarf nach sozialarbeiterischer Unterstützung, da sich die rechtsextremen Akteur:innen nicht in prekären Lebenslagen befinden oder (für die Individuen relevante) gesellschaftliche Isolierungserfahrungen nicht gemacht werden. Insbesondere der Teil der Neuen Rechten, die sich intellektuell selbstinszenieren, die Mitglieder in Burschenschaften oder in modernen, rechtsextremen Organisationen im Stile der Identitären Bewegung sind, erleben häufig wenige Irritationsmomente. Die wirkungsvollsten Angriffe auf unsere Demokratie und auf verschiedene Minderheiten gehen nicht mehr unbedingt von Mitgliedern der organisierten, extremen Rechten aus, sondern werden von diesen „nur“ orchestriert und strategisch vorbereitet. Der Nachweis von Szeneangehörigkeit mit deren einschlägigen Insignien ist nicht (mehr) immer sinnvoll. Im Falle der Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland sind selten klassische äußere Merkmale extremer Rechter sichtbar, dafür aber klare ideologische Traditionen zu erkennen.

Auch in der Vergangenheit war in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit der Zugang teilweise sehr schwierig. Der Ansatz für die sozialpädagogische Arbeit liegt somit vor allem in der individuellen biographischen Sinnhaftigkeit und in der Möglichkeit, Reflexionsprozesse anzustoßen. Im Fall von rechtsextremer Radikalisierung über intellektuelle Zugänge in den Rechtsextremismus ist eine ideologische Auseinandersetzung in der Beratung wichtiger denn je.

Das gilt insbesondere, weil sich rechtsextreme Ideologiefragmente immer weiter ausbreiten. Es gibt Bezüge zu „Querdenken“ und anderen autoritär-rebellischen Zusammenhängen sowie libertäre Strömungen. Wir erleben eine steigende Bedeutung von Religionsaspekten, seien es neoheidnische

Glaubensvorstellungen, rechte Esoterik oder Allianzen von christlichem Fundamentalismus und Rechtsextremismus. Einige der wirkungsvollsten Mobilisierungsmomente in die Mitte der Gesellschaft stellen Geschlechterfragen dar. Antifeminismus und andere Formen organisierter Frauenfeindlichkeit, von der „Incel“-Bewegung bis hinein in sehr breite „Pick-up-Artist“-Szenen, ermöglichen immer wieder Brücken rechtsextremer Bewegungen in Teile konservativer Strömungen. Themen (geschlechtlicher) Vielfalt und Inklusion sind entscheidende Polarisierungspunkte für die Gesamtgesellschaft. Darum lohnt sich auch die Auseinandersetzung mit geschlechtlicher Vielfalt als entscheidendem Faktor pädagogischen Handelns im Sinne von Extremismusprävention. Queerfeindlichkeit zeigt sich auch bei der zunehmenden Zahl von Übergriffen auf und bei Protesten gegen Christopher Street Days (CSD). Hier wird ein weiterer Aspekt neuer rechtsextremer Bewegung ersichtlich: sehr junge radikalisierte Rechtsextreme, die teilweise sogar in postmoderner Weise wieder mit Springerstiefel und Bomberjacke klassische Bilder des Rechtsextremismus nachstellen, aber die aktuelle Ablehnung geschlechtlicher Vielfalt ausleben. Ein letzter wichtiger Aspekt, der insbesondere sehr junge Menschen erreicht, ist die Online-Radikalisierung ohne offline-Szenekontakte.

Rechtsextremistische Akteur:innen nutzen Social Media Plattformen, um eine Vielzahl an Menschen zu erreichen. Durch die stetige Konfrontation mit szenebезogenen Beiträgen wird versucht, Social Media Nutzende indirekt zu beeinflussen. Besonders für junge Menschen ist es herausfordernd, die Inhalte kritisch zu prüfen, da diese ohne Filter und in hoher Zahl in ihrem Feed landen. Umso mehr diese Inhalte dann konsumiert werden, umso mehr wird auch der Algorithmus sie immer wieder im Feed ausspielen. Gleichzeitig wird den Konsument:innen ein Zugehörigkeitsgefühl vermittelt, da sie sich mit anderen zu den gemeinsamen Ansichten austauschen können und damit auch extremistische Ansichten normalisiert werden.

Hier müssen neue, jugendgerechte pädagogische Ansätze wieder gefunden werden.

In dieser sich stetig wandelnden Szenelandschaft steht die Arbeit der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung vor der Herausforderung, sich mit den neuen Extremismusphänomenen auseinanderzusetzen und ihre entsprechenden Angebote anzupassen. Neben dem Erarbeiten besonderer Expertisen im Bereich neuer Szene-Entwicklungen und ihrer (extremistischen) Einordnung, müssen vor allem auch medienpädagogische Kompetenzen erlernt, bzw. erweitert werden.

Schlusswort

Liebe Leser:innen, Sie sind nun beim Schlusswort und damit am Ende der Broschüre angekommen.

Wir hoffen, Sie konnten Einiges für Ihre wertvolle Arbeit mitnehmen!

Abschließend möchten wir den Fokus auf die für uns wesentliche Botschaft legen, die diese Handreichung im Kontext Begegnungen mit Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen in der pädagogischen Arbeit vermitteln soll: Im Unterschied zur weitverbreiteten Annahme, solche Bildungsarrangements seien wirksame Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt, deutet die empirische Forschungslage darauf hin, dass Kinder und Jugendliche hierdurch nicht in der gewünschten Weise beeinflusst werden. Im Gegenteil bergen diese Angebote zahlreiche Herausforderungen und Stolpersteine.

Zielführender Unterricht im Kontext Verhütung von Rechtsextremismus und Gewalt beinhaltet hingegen gemeinsames Lernen in einer wertschätzenden Umgebung und mit einer positiven Grundstimmung; er legt den Fokus auf individuelle Stärken der Schüler:innen und vermittelt diesen etwa Selbstwirksamkeit und Handlungsfähigkeit. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) weist auf die Bedeutung der Verankerung von Demokratiebildung als fächerübergreifendem Unterrichtsprinzip hin (SWK 2024). Schule hat in diesem Zusammenhang eine besondere Stellung: Als einzige gesellschaftliche Institution kann sie alle Kinder und Jugendlichen erreichen. Dies geht einher mit einer herausgehobenen und fächerübergreifenden Verantwortung zur Vermittlung demokratischer und menschenrechtlicher Normen, Werte und Prinzipien. Daher gilt es,

Demokratiebildung an Schulen als Querschnittsaufgabe zu begreifen und durch Mitverantwortung und Mitbestimmung Partizipation für Schüler:innen erlebbar zu machen. Die SWK spricht hierzu etwa konkrete Empfehlungen für die Fächer Geschichte und Politik bzw. ihren entsprechenden Äquivalenten aus: So sollte/n etwa

- Vorstellungen und Überzeugungen der Schüler:innen zu bestimmten Themen stärker in die Planung und Durchführung des Unterrichts einbezogen werden;
- die Unterrichtsgestaltung an den Prinzipien Lebensweltorientierung, Handlungsorientierung, Problemorientierung und Konfliktorientierung (bestenfalls mittels innovativer didaktischer Konzepte und Formate (wie Planspiele und Serious Games)) orientiert sein;
- schüler:innengerechte Zugänge zu den Prinzipien Multiperspektivität und Kontroversität (einschließlich multiperspektivischer Quellenauswahl) geschaffen werden;
- ein Fokus auf Kommunikation gesetzt werden, um historisch-politisches Argumentieren einzuüben (selbstverständlich unter den Prämissen des sprachsensiblen Unterrichts und der sprachlichen Voraussetzungen der Schüler:innen) (SWK 2024, S. 49).

Das Ziel sollte sein, Kinder und Jugendliche für die Demokratie zu begeistern und sie somit vor Extremismus zu schützen.

Ein weiterer essenzieller Punkt, der uns in der gemeinsamen Bearbeitung der Broschüre mit dem Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz stets gegenwärtig war, ist die Bedeutung konstruktiver Zusammen-

arbeit. Die drängenden Herausforderungen unserer Zeit können wir nur zusammen bewältigen. Wir brauchen (ressortübergreifenden) Austausch, Transfer und Kooperation zwischen Praxis, Verwaltung und Wissenschaft, um uns gemeinsam und nachhaltig gegen die Welle von Hass, die durch unsere Gesellschaft schwappt und sich in zu vielen Köpfen verankert, stemmen zu können. Wir müssen unsere Netzwerke tragfähig machen und ausbauen, Synergien schaffen und nutzen. Wir müssen uns gemeinsam bewegen, um die Richtung mitzubestimmen, in die sich unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und unser Rechtsstaat entwickeln.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft, sich mit diesen herausfordernden Themen auseinanderzusetzen. Durch das Lesen dieser Broschüre haben Sie einen ersten sehr wichtigen Schritt getan und sich faktenbasiert informiert. Wir hoffen, dass Sie einige Reflexionsimpulse für sich und Ihre Arbeit mitnehmen konnten. Unser Appell zu Abschluss: Bleiben Sie offen für Reflexion, auch im Alltag! Denn: Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir uns erst selbst bewegen.

Mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen

Team Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Dr. Maria Walsh

Dr. Antje Gansewig

Ansprechpartner:innen

Für Fragen, Anmerkungen oder Anregungen wenden Sie sich gerne an:

Dr. Antje Gansewig

E-Mail: antje.gansewig@uni-oldenburg.de

Dr. Maria Walsh

E-Mail: maria.walsh@gmx.de

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Abteilung Landesjugendamt, Referat für Projekte zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus

Rheinallee 97-101

55118 Mainz

Telefon: 06131/967 167

E-Mail: demokratiezentrum@lsjv.rlp.de

URL: www.demokratiezentrum.rlp.de

Instagram: [demokratiezentrum.rlp](https://www.instagram.com/demokratiezentrum.rlp)

Alberts, N. (2023). Nationalsozialismus in der Grundschule. Didaktische Impulse für ein herausforderndes Thema im Sachunterricht. Wiesbaden: Springer.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021). 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (Hrsg.) (2024): AID:A 2023 Blitzlichter. Zentrale Befunde des DJI-Surveys zum Aufwachsen in Deutschland. Bielefeld: wbv Publikation

Beitzinger, F., Leest, U., & Süß, D. (2022). Cyberlife IV. Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr. Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern. Karlsruhe.

De Veirman, M., Hudders, L. & Nelson, M.R. (2019). What is Influencer Marketing and how Does it Target Children? A Review and Direction for Future Research. *Frontiers in Psychology*,

Farren, D., Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Fischer, J.M.K. (2024). Junge Menschen in Deutschland 2024. Universität Hamburg. Hamburg.

Ferguson, N. (2016). "Disengaging from Terrorism: A Northern Irish Experience," *Journal for Deradicalization*, 6, 1-23.

Fischer, S. (2013). Rechtsextremismus – Was denken Schüler darüber? Untersuchung von Schülervorstellungen als Grundlage nachhaltiger Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Fischer, S. M. (2024). Mobbing und Cybermobbing an Schulen in Deutschland: Ergebnisse der HBSC-Studie 2022 und Trends von 2009/10 bis 2022. *Journal of Health Monitoring* 9(1).

Gansewig, A. (2023). "Intention is not method, belief is not evidence". *Civic Education and Prevention with Former Right-Wing Extremists in German Schools*. Wiesbaden: Springer.

Gansewig, A., Hepp, R. & Bertet, R. (2015). VorBILDER. SPORT und POLITIK vereint gegen Rechtsextremismus. Handreichung für die schulische und außerschulische Jugendarbeit. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Bonn.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2022). "That is simply one thing that goes with it": Former Extremists in School Settings and Empirical Evidence. *Educational Review*, 76(2), 277-298.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2021/22). Broadcast Your Past: Analysis of a German Former Right-Wing Extremist's YouTube Channel for Preventing and Countering Violent Extremism and Crime. *Journal for Deradicalization*, 29, 129-174.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2021a). Die Sichtweise von Schülerinnen und Schülern auf eine primärpräventive Maßnahme eines ehemaligen Rechtsextremen: Befunde einer Evaluationsstudie und Empfehlungen für Bildungsakteure. *Zeitschrift für Bildungsforschung*, 11(1), 187-205.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2021b). Preventing Violent Extremism with Former Extremists in Schools: A Media Analysis of the Situation in Germany. *Terrorism and Political Violence*, 35(1), 47-64.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2020). Biografiebasierte Maßnahmen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit. Eine empirische Betrachtung des Einsatzes von Aussteigern aus extremistischen Szenen unter besonderer Berücksichtigung ehemaliger Rechtsextremer. Baden-Baden: Nomos.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2019a). Ehemalige Rechtsextreme in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit. Empfehlungen für Bildungsakteure. Nationales Zentrum für Kriminalprävention (Hrsg.). Bonn.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2019b). Schulbasierte Präventionsmaßnahmen von Aussteigern aus der rechtsextremen Szene. Informationsbroschüre für Akteure der Bildungsarbeit. Landespräventionsrat Schleswig-Holstein (Hrsg.). Kiel.

Gansewig, A. & Walsh, M. (2024a). Ehemalige Rechtsextreme in pädagogischen Settings. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Präventions- und politischen Bildungsarbeit. Dokumentation des gehaltenen Vortrags beim Fachtag „Die Arbeit mit Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene in der Präventionsarbeit – Chancen, Herausforderungen & Risiken“ des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, https://demokratiezentrum.rlp.de/fileadmin/demokratiezentrum/Publikationen/Publikation_Fachtag_Aussteiger_2023.pdf

Gansewig, A. & Walsh, M. (2024b). Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen in der Schule. Forschungsbefunde aus der Präventions- und politischen Bildungsarbeit. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):

InfoPool Rechtsextremismus. Bonn,
<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/545362/aussteiger-innen-aus-rechtsextremen-bezuegen-in-der-schule/>

Kirchhof, F., Kroll, D. & Hentges, G. (2024). „Über aktuellen Antisemitismus haben wir eigentlich nie groß geredet...“. Schüler*innenperspektiven auf Antisemitismus und Verschwörungstheorien. *Politikum*, 2, 78-83.

Meyer, K. (2021). *Erinnern müssen und Vergessen dürfen: Der Nationalsozialismus aus der Perspektive Jugendlicher über 70 Jahre danach*. Springer VS.

Oberle, M., Hahn-Laudenberg, K., Ditges, P. & Stamer, M.-M. (2023). Politische Sozialisation im Jugendalter. Ein Systematic Review des internationalen Forschungsstands auf Basis empirischer Studien in englisch-sprachigen Zeitschriften. München/Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.).

OECD (2022). PISA 2022 Database. <https://www.oecd.org/en/data/datasets/pisa-2022-database.html>

Papendick, M., Rees, J., Scholz, M. & Zick, A. (2021). MEMO IV. Bielefeld.

Quent, M., Mönig, A., Hascher, M., Kerst, B. & Osterberger, E. (2024). Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET). Auswertung der quantitativen Befragung. Hochschule Magdeburg Stendal (Hrsg.). Magdeburg.

Sokolova, K. & Kefi, H. (2020). Instagram and YouTube Bloggers Promote it, why Should I buy? How Credibility and Parasocial Interaction Influence Purchase Intentions. *Journal of Retailing and Consumer Services*, 53.

Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) (Hrsg.) (2024). *Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung*. Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz. Bonn.

Van den Berg, I. (2017). „Und dann wollte ich raus“. *Extreme politische Szenen verlassen: am Beispiel Sachsens*. Leipzig: Edition Leipzig.

Walsh, M. & Gansewig, A. (2024). Good stories well told? Former right-wing extremists' self-narratives in German schools for preventing hate, radicalization, and violence, *International Journal of Educational Development*, 109.

Walsh, M. & Gansewig, A. (2023). „Man kann ja auch nicht in allem Vorbild sein“ – Ehemalige Extremist*innen zwischen Klassenzimmern und sozialen Medien. In: J. Nielsen-Sikora & A. Schütte (Hrsg.): *Wem folgen? Über Wandel, Sinn und Aktualität von Vorbildern* (53-64). Berlin: J.B. Metzler.

Walsh, M. & Gansewig, A. (2022). Zwischen „man hätte stundenlang zuhören können“ und „manchmal machte der Mann mir Angst“ – Biografiebasierte Schulmaßnahmen zur Sucht-, Gewalt- und Extremismusprävention und das Erfordernis der Berücksichtigung der Schüler/-innenperspektive. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 42(4), 365-381.

Walsh, M. & Gansewig, A. (2019). Evaluationsstudie einer schulbasierten Präventionsmaßnahme eines Aussteigers aus dem Bereich Rechtsextremismus. Abschlussbericht. *Forschungsberichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention*, Nr. 2/2019. Bonn.

Wehling, H.-G. (1977). Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: S. Schiele & H. Schneider (Hrsg.): *Das Konsensproblem in der politischen Bildung* (173-184). Stuttgart.

Xiao, M., Wang, R. & Chan-Olmsted, S. (2018). Factors Affecting YouTube Influencer Marketing Credibility: A Heuristic-Systematic Model. *Journal of Media Business Studies* 15(3), 188-213.



Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Zitervorschlag

Gansewig, Antje & Walsh, Maria (2026). Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen und ihr Einsatz in der (außer-)schulischen Präventions- und politischen Bildungsarbeit. Wissenschaftsbasierte Informationen und praxisorientierte Anregungen für pädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung/ Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz (Hrsg.). Mainz.

Lizenz

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Broschüre darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung reproduziert, vervielfältigt oder verarbeitet werden.



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Abteilung Landesjugendamt

Rheinallee 97-101 | 55118 Mainz